

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	10
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



DNR intern	29
Aus den Verbänden	29
Preise & Ausschreibungen	30

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Tiergestützte Pädagogik	

THEMEN DES MONATS

Handelspolitik

Wo geht's hin mit Europa?

Sind die Freihandelsabkommen TTIP und CETA eine Chance zur Politisierung Europas Zivilgesellschaft?

Seite 2

Energieerzeugung

Waldfrevel für Pellets und Kohleabbau

Die USA und das Märchen vom Klimaschutz

Seite 3

Artenvielfalt

Das Rotkäppchensyndrom

Ein Nebeneinander zwischen Mensch und Wolf ist möglich – so das Fazit einer Wolfskonferenz

Seite 4

Konzern-PR

Kunstrasen statt Graswurzelbewegung

Unternehmen bedienen sich verstärkt zivilgesellschaftlicher Protestformen

Seite 6

Interview: Jan Kowalzig über Klimamigranten

„Völkerrechtstatus für Klimaexilanten“

Immer mehr Menschen verlieren infolge des Klimawandels ihre Lebensgrundlage und müssen ihre Heimat verlassen

Seite 13

Handelspolitik

Wo geht's hin mit Europa?

Sind die Freihandelsabkommen TTIP und CETA eine Chance zur Politisierung von Europas Zivilgesellschaft?

Am 10. Oktober haben bis zu 250.000 Menschen in Berlin gegen die derzeitigen geplanten Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA protestiert. Gut zweieinhalb Jahre sind vergangen seit TTIP erstmals ins Interesse der Öffentlichkeit geriet. Seither hat sich eine europäische Bewegung formiert, die stetig wächst und sich auch als Teil des transatlantischen Widerstands versteht. ■ VON NELLY GROTEFENDT, FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG

TTIP, CETA und viele weitere derzeit verhandelte Abkommen stehen für eine neue aggressive und umfassende Handelspolitik des globalen Nordens. Fraglich ist, inwiefern sich diese bilateralen Verträge in die Welthandelsorganisation (WTO) integrieren lassen beziehungsweise mit ihr konform sind. Diese Frage ist von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der Abkommen und deren Einbettung in einen globalen Kontext. Denn sie sind wahrscheinlich vielmehr Ausdruck des Machtverlustes der großen Player in der WTO wie den USA und der EU, beziehungsweise ihrer Mitgliedstaaten wie etwa Deutschland. Da bei der WTO zumindest theoretisch alle Mitglieder mit am Tisch sitzen und ihre Stimme abgeben können, sind die Ziele der großen Industrienationen einer umfassenden Markterschließung im Sinne ihrer Unternehmen schon seit Langem ins Stocken geraten. Mit dem jüngsten Freihandelsabkommen haben sie ein anderes Machtinstrument gefunden, um anderen Ländern ihre Handelspolitik aufzuzwängen.

Wessen Gewinne?

Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Illusion, dass Freihandel immer als Win-win-Situation dargestellt wird. Nur weil in einer bestimmten Zone die wirtschaftlichen Regeln harmonisiert werden und sich die Vertragspartner positive Effekte auf Wirtschaft und Wohlstand erhoffen – auf die eigene wohl gemerkt –, ist das keinesfalls eine globale Lösung. Denn zunächst hört jede Zone an einer Außengrenze auf. Für alle, die außen vor bleiben, bedeutet das: Je größer die entsprechende Zone ist, umso größer und tiefer ist dann meist die soziale

Kluft entlang dieser Außengrenze. Was sich derzeit an den südlichen Grenzen Europas abspielt, zeigt das mit aller Deutlichkeit. Insbesondere TTIP soll zum Vorzeigeprojekt eines europäischen Standards für den Rest der Welt werden. Doch welcher Standard soll da etabliert werden? Hat doch Deutschland im ersten Halbjahr 2015 mehr Waffenexporte bewilligt als im ganzen Jahr 2014, sind weltweit mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Verfolgung und Armut, sterben im Mittelmeer Zehntausende. Und die EU setzt auf Abschottung und gießt weiter fröhlich Öl ins Feuer. Wessen Win-win soll das sein?

Erst der Anfang vom Ende

Ein wirtschaftlicher Einheitsraum bringt nicht automatisch soziale Angleichung. Ganz im Gegenteil. Da reicht ein Blick über den Atlantik auf die 20-jährige Erfahrung mit NAFTA, dem Freihandelsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko. Unterm Strich hat NAFTA weder das Lohnniveau gehoben noch entsprechend Arbeitsplätze geschaffen, für mehr soziale Gleichheit oder eine Verbesserung der Menschenrechtssituation geführt. Gewonnen haben eigentlich nur die großen Konzerne. Der Druck auf die Kleinbauern und -bäuerinnen hat sich weiter erhöht und die Armut wurde nicht verringert. Derweil treibt die EU die Verabschiedung weiterer Freihandelsabkommen voran, die die Vorherrschaft des eigenen Marktes sichern, aber wohl eher nicht zu einem ausgeglichenem Welthandel beitragen werden – wie etwa die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements/EPAs) mit den afrikanischen Wirtschaftszonen.

Politischer Druck wirkt

Die Kontroverse um die Abkommen zeigt, dass der Druck der Zivilgesellschaft sowohl in nationalen Parlamenten als auch in Brüssel Wellen schlägt. Der Widerstand ist divers und europäisch, gar transatlantisch aufgestellt und hat in lokalen Beispielen möglicher Auswirkungen der Abkommen ein großes Mobilisierungspotenzial entdeckt – denn je mehr die Menschen über TTIP, CETA und Co wissen, umso mehr Menschen lehnen die Abkommen ab. Daher ist es nun wichtig zu vergegenwärtigen, dass internationaler Handel und seine Folgen, die politischen Interessen der Wirtschaftsnationen und ihrer Unternehmen eben nicht an den Landesgrenzen aufhören. Ebenso wenig sollte das die Kritik aus der Bewegung. Ein Selbstverständnis als transatlantischer Widerstand genügt dabei nicht, sondern es muss einen klaren Bezug zur internationalen Solidarität geben! Dieser Anspruch kann der Bewegung Schwung verleihen, um eben nicht nur ein erstes Zeichen einer europäischen Bewegung gegen Politikverdrossenheit zu sein, sondern die Stimme einer umfassenden Politisierung und dynamischen sozialen Bewegung. Es lohnt sich am Ball zu bleiben!

Dieser Artikel ist die gekürzte Fassung eines Beitrags, der zuerst im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung 03/15 erschienen ist.

Nelly Grotefendt ist Referentin für Internationale Handelspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 678177593,
E-Mail: grotefendt@forumue.de,
www.forumue.de



Energieerzeugung

Waldfrevel für Pelletexporte und Kohleabbau

Die USA und das Märchen vom Klimaschutz

Die Erzeugung von Energieholzpellets führt in den USA zum Raubbau an den Waldbeständen. Zu verdanken ist dies der großen Nachfrage aus Europa, dort werden immer mehr Holzpellets in Kohlekraftwerken verbrannt. Wie sich das auf die Wälder in North Carolina auswirkt, das erhellt ein Besuch bei den AktivistInnen der Dogwood Alliance. ■ VON LÁSZLÓ MARÁZ, FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG

Die Dogwood Alliance wurde mit dem Ziel gegründet, die Wälder im Süden der USA zu schützen, die weltweit zu den artenreichsten Ökosystemen zählen. Dies umfasst die Laubwälder an der atlantischen Küste zwischen Virginia und Florida bis zur Golfküste Richtung Arkansas in den Feucht- und Überschwemmungsgebieten bis zum Süden der Appalachen, sowie die Bundesstaaten North und South Carolina und Georgia. Gemeinsam mit dem Southern Environmental Law Center und anderen Organisationen versuchen die UmweltschützerInnen, den zunehmenden Raubbau an den wertvollen ursprünglichen Tieflandsumpfwäldern zu stoppen. Denn im Gegensatz zu den Behauptungen der Pelletindustrie, die angeblich nur ungenutzte Holzplantagen und Resthölzer exportiert, werden in vielen Fällen auch komplette Naturwaldareale kahl geschlagen und klein gehäckselt. Das ist möglich, weil sich die meisten Wälder in Privatbesitz befinden und es kaum gesetzliche Regelungen gibt.

Mit Dogwood Alliance besichtigten der Autor und Peter Gerhardt von „denkhaus-bremen“ im Juli in den USA abgeholzte Wälder. Der Zugang zu Envivas, des größten US-Holzpelletherstellers, blieb uns aber leider verwehrt. Entgegen den Beteuerungen der Pelletfirmen, es würde Rücksicht auf Umweltbelange genommen, wurden bei der Holzernte auch große Kahlschläge angelegt. Am Roanoke River waren sogar große Bäume gefällt worden, die direkt am Ufer standen. Ein paar Kilometer weiter waren Holzfäller gerade dabei, eine Kiefernplantation zu ernten. Die größeren Bäume wurden ins Sägewerk transportiert, alle Laubbäume wurden vor Ort zerhackt und in Lkws abtransportiert. Zurück blei-

ben Kahlflächen und von den schweren Maschinen zerstörte Waldböden.

Expansion der Geschäfte

North Carolina ist eine der walddreichsten Regionen in den USA. Viele Wälder wurden gerodet, um Baumwolle, Soja oder Tabak anzubauen. Von der Holzernte sind auch Feuchtgebiete und ökologisch wertvolle Sumpfwälder betroffen. Neben Zellstofffabriken sind steigende Exporte auf die Anlage immer neuer Pelletwerke und deren Verbrauchsanteile zurückzuführen. So ist inzwischen auch die Firma German Pellets im Süden der USA aktiv. In Urania, Louisiana, baut der Konzern gerade sein Pelletwerk aus. Für 2016 wird die Gesamtkapazität der Werke auf sechs Millionen Tonnen jährlich geschätzt. Dafür werden viele natürliche Laubwälder in Nadelbaumplantagen umgewandelt, wobei junge Nadelbäumchen mithilfe von chemischen Dünge- und Unkrautvertilgungsmitteln in langen Reihen wachsen.

Schädliche Kohle

Eine ökologische Forstwirtschaft sollte die Wälder mit ihrer (Arten-)Vielfalt erhalten. Das soll nicht heißen, dass Energieholzpellets Teufelszeug wären. In gewissem Umfang und solange es sich nur um Sägewerksabfälle handelt, sind Pellets eine durchaus sinnvolle Ergänzung der Produktpalette und können einen kleinen Beitrag zur Energieerzeugung und zum Klimaschutz leisten. Sobald aber ineffiziente Kohlekraftwerke auf Energieholzpellets umgestellt werden, macht auch der Betrieb mit nachwachsenden Rohstoffen keinen Sinn. Eine ganzheitliche, durchdachte Energie- und Energieverbrauchspolitik

ist Voraussetzung für den sinnvollen Einsatz von Bioenergie. Davon ist man auch in den USA weit entfernt, was sich nur wenige Hundert Kilometer weiter eindrucksvoll beobachten lässt. So werden vor allem in Virginia, West Virginia und Kentucky ganze Berge weggesprengt, um an die darunterliegenden Kohleflöze zu gelangen. „Mountain Top Removal“ heißt diese Tagebauweise, die zwar ebenso umweltschädlich wie ineffizient ist, dafür aber billige Kohle liefert. 550 Tagebaue gibt es in den Appalachen, diesem dicht bewaldeten, tief zerklüfteten großen Mittelgebirge. Der Abbau funktioniert so: Zunächst wird der Wald gerodet, danach wird die erste Schicht Gestein weggesprengt, um an die erste, waagrecht liegende Steinkohleschicht (Flöz) zu gelangen, die oft nur einen halben Meter mächtig ist. Ist die Kohle abgebagert, werden die nächsten zehn bis dreißig Meter Gestein beseitigt und ins benachbarte Tal gekippt. Das geht so Flöz um Flöz weiter, bis der Abbau doch zu aufwendig wird.

Anstatt die im eigenen Land erzeugten Holzpellets, wenn schon, in den USA zu verwenden, werden sie über den Atlantik verschifft. Klimaschutz geht anders.

Weitere Informationen:
www.ihb.de/wood/news/German_Pellets_USA_pellets_plant_capacity_42907.html

Dieser Artikel ist zuerst im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung 03/15 erschienen.

László Maráz koordiniert die AG Wälder beim Forum Umwelt & Entwicklung.

Kontakt:
 Tel. +49 (0)30 / 678177589,
 E-Mail: maraz@forumue.de,
www.forumue.de



Artenvielfalt

Das Rotkäppchensyndrom oder die Angst vorm Wolf

Ein Nebeneinander zwischen Mensch und Wolf ist möglich – so das Fazit einer Wolfskonferenz

„Mensch, Wolf!“ lautet der Titel einer internationalen Wolfskonferenz im September. Einst durch den Menschen nahezu vollständig zurückgedrängt, kehren Wölfe seit dem Jahr 2000 dauerhaft zurück. Zurzeit leben in Deutschland 35 Wolfsfamilien und einige Einzelwölfe. Wölfe brauchen keine Landschaft, die unserer Vorstellung von Wildnis entspricht. In unserer Kulturlandschaft kommen sie gut zurecht und erschließen sich immer neue Gegenden. ■ VON MORITZ KLOSE, NABU

Deutschland ist Wolfsland. Siedelten sich Wölfe in den ersten Jahren ihrer Rückkehr nach Deutschland vorwiegend in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz an, so bilden sich nun auch in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen immer mehr neue Rudel. Das Zusammenleben zwischen Wolf und Mensch verläuft nicht ohne Konflikte. Dort wo Wölfe neu auftauchen, sorgen sie mitunter für heftige Diskussionen, denn den Umgang mit großen Beutegreifern haben die Einheimischen hierzulande verlernt.

Michael Manfredo vom Department of Human Dimensions of Natural Resources (Fachbereich Menschliche Dimensionen natürlicher Ressourcen) der Colorado State University sagte auf der internationalen Wolfskonferenz des NABU⁽¹⁾ Ende September: „Das Management von Wildtieren ist zu 10 Prozent Biologie und zu 90 Prozent das Management der Menschen, die mit den Wölfen leben.“ Der Mensch-Wildtier-Konflikt, so Manfredo weiter, sei ein globales Thema und in Wirklichkeit ein Wertekonflikt über die Bedeutung und den Wert von Wildtieren in unserer Gesellschaft. Um ein Forum für Diskussionen zur Nachbarschaft von Mensch und Wolf zu schaffen und gemeinsam über Erfahrungen und Anforderungen an das Miteinander zu sprechen, hatte der NABU Naturschützer, Nutztierhalter, Jäger, Wissenschaftler und Vertreter der Politik aus Deutschland, Europa und den USA zu der internationalen Konferenz „Mensch, Wolf!“ nach Wolfsburg eingeladen.

Die Konferenz widmete sich insbesondere den Einstellungen, Emotionen und Vorbehalten gegenüber Wölfen, oder anders gesagt: den menschlichen

Dimensionen des Wildtiermanagements. In Deutschland sollen die Wolfsmanagementpläne der Bundesländer den Umgang mit Konflikten und die Bereitstellung von Informationen für die Bevölkerung regeln. Dass es bei der Umsetzung mancherorts noch Nachholbedarf gibt, zeigt das Beispiel Niedersachsen. Als es zu Beginn des Jahres mehrere Begegnungen zwischen Menschen und Wölfen gab und die Verunsicherung in der Bevölkerung zunahm, war das Ministerium mit der Lage überfordert. Nach mehreren Monaten wurden schließlich zwei Tiere des betreffenden Rudels gefangen und mit Sendern ausgestattet, um etwas über die möglichen Ursachen ihres Verhaltens zu erfahren. Eine Veröffentlichung der Untersuchungen steht bis heute aus.

Von wegen Urangst – die Mehrheit der Deutschen heißt den Wolf willkommen

Sachliche und aktuelle Informationen sind jedoch unerlässlich, um die Akzeptanz für den Wolf in Deutschland nicht zu gefährden. Denn dass die Bevölkerung in Deutschland grundsätzlich positiv zur Rückkehr des Wolfes eingestellt ist, zeigt eine repräsentative Bevölkerungsumfrage in Deutschland, die das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag des NABU kürzlich durchgeführt hat.⁽²⁾ Die große Mehrheit der Bundesbürger (80 Prozent) findet es erfreulich, dass der Wolf wieder Bestandteil von Natur und Landschaft in Deutschland ist. Jeder Zweite (54 Prozent) verbindet mit dem Wolf positive Gefühle, während bei 12 Prozent negative Empfindungen zum Tragen kommen. Bei der Zustimmung zum Wolf gibt es keinen Unterschied zwischen Bewohnern im städ-

tischen Umfeld und Bewohnern im ländlichen Raum. Außerdem sind 80 Prozent der Befragten der Meinung, dass Wölfe ebenso in unsere Landschaften gehören wie Rehe oder Füchse. 78 Prozent sind der Überzeugung, dass Wölfe auch in Deutschland leben sollten, selbst wenn es teilweise zu Problemen kommt. Nur für 11 Prozent der Befragten stellt die Rückkehr des Wolfes eine Bedrohung dar, 85 Prozent hingegen sehen dies nicht.

Für Nutztierhalter ist die Nachbarschaft mit dem Wolf häufig jedoch keine Liebes-ehe, sagte Regina Walther vom Sächsischen Schaf- und Ziegenzuchtverband. Den Schäfern mache nicht nur der finanzielle Mehraufwand durch neu erforderliche, wolfsichere Zäune zu schaffen. Auch die Versorgung ihrer speziell ausgebildeten Herdenschutzhunde schlage zu Buche. So bringe die Anwesenheit von Wölfen für Schäfer insgesamt einen größeren Arbeits- und finanziellen Aufwand mit sich. Doch die traditionelle Schäferei habe über Jahrtausende in den Mittelgebirgen, in den Alpen und in der norddeutschen Tiefebene Deutschlands einmalige Kulturlandschaften geschaffen. Ohne eine zukunftsfähige Schäferei könnten diese wertvollen Landschaften nicht erhalten werden. Regina Walther sagte auch, dass ein Zusammenleben von Schäfer und Wolf möglich sei. Werden Herdenschutzmaßnahmen richtig eingesetzt, böten sie vielerorts einen sehr guten Schutz. Nutztierhalter sollten dabei ausführlich beraten werden und unbürokratische, finanzielle Unterstützung bekommen.

Das Bundesumweltministerium (BMUB) will mit der Einführung eines Dokumentations- und Beratungszentrums für den

Wolf zur Unterstützung beitragen und zukünftig wichtige Hinweise und Informationen für das konfliktfreie Zusammenleben mit dem Beutegreifer sammeln.

Unter den über 100 Jägern, die an der Konferenz teilnahmen, waren auch zahlreiche Wolfsbefürworter. Der Deutsche Jagdverband fordert zwar eine Überführung des Wolfes von Anhang IV in Anhang V der FFH-Richtlinie⁽³⁾, die den Schutz von Tier- und Pflanzenarten regelt, welche unter dem besonderen Rechtsschutz der EU stehen. Doch der aktuelle Erhaltungszustand der zentraleuropäischen Flachlandpopulation, zu der auch die Wölfe in Deutschland gehören, und das Bundesnaturschutzgesetz lassen eine Bejagung des Wolfes derzeit nicht zu – unabhängig von der Frage, welchen vernünftigen Grund es überhaupt gäbe, den Wolf zu jagen. Der Wolf hat einen Einfluss auf seine Beutetiere, die teilweise ihr Verhalten ändern, um für den Prädator unberechenbarer zu werden, ein genereller Rückgang der Beutetiere lässt sich jedoch nicht feststellen. Untersuchungen zeigen zudem, dass der Abschuss einzelner Wölfe keine wirkungsvolle Maßnahme ist, um beispielsweise Nutztiere zu schützen. Im Gegenteil: Die Übergriffe auf Nutztiere durch Wölfe haben nach deren Bejagung in den USA teilweise sogar zugenommen.

Der Wolf verliert an Wertschätzung, wenn er gejagt werden darf

Adrian Treves vom Carnivore Coexistence Lab der Universität Madison in Wisconsin bezweifelt auch die These, dass eine Legalisierung der Jagd die Akzeptanz gegenüber Wölfen erhöhe, da sich dann Jäger besser in deren Management einbezogen fühlen: „Die schrittweise Erlaubnis der Jagd in Montana und Wisconsin hat den Wert des Wolfes nach und nach reduziert“, so Treves. „Einige Menschen akzeptieren nun zwar die Behörde, welche die Wolfsjagd erlaubt, die Akzeptanz gegenüber Wölfen ist mit der Legalisierung der Jagd allerdings nicht gestiegen.“

Laut der Umfrage des NABU sind 70 Prozent der Bevölkerung der Auffassung, dass die Medien in ihrer Berichterstattung

zum Wolf zur Übertreibung neigen. David Mech, Wolfsforscher aus den USA, bestätigte, dass Fehlinformation zu den größten Gefahren für Wölfe gehöre. Die Debatte um das Zusammenleben zwischen Mensch und Wolf brauche mehr Sachlichkeit. Denn der Wolf steht stellvertretend häufig für ganz andere Probleme, für einen Streit um Kontrolle oder einen Kampf um Traditionen.

Für Naturschützer und Naturschützerinnen bleibt der Wolf in all diesen Debatten nicht zuletzt auch ein Zeichen der Hoffnung. In Zeiten, in denen tagtäglich mehrere Arten aussterben, zeigt der Wolf, dass eine lokal einstmals fast ausgestorbene Art wieder zurückkommen kann – wenn der Mensch sie lässt. Die Mehrheit der Deutschen möchte diesem Rückkehrer hierzulande dauerhaft eine Heimat bieten. Naturschützer sind der Überzeugung, dass dies auf lange Sicht auch funktionieren kann. Die Voraussetzung ist allerdings, dass alle Beteiligten im Dialog bleiben, sich auf die Perspektive des anderen einlassen und sich den gesellschaftlichen Herausforderungen im Umgang mit Wildtieren gemeinsam stellen. Dann kann die Nachbarschaft zwischen Mensch und Wolf dauerhaft gelingen!

Links

- ▶ (1) www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/saeugetiere/wolf/nabu-aktivitaeten/17126.html
- ▶ (2) www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/wolf/150923-nabu-bericht-woelfe-in-deutschland.pdf
- ▶ (3) www.ffh-gebiete.de/natura2000/ffh-anhang-iv

Moritz Klose ist Biologe und arbeitet als Referent für Wolfsschutz beim NABU-Bundesverband.

Kontakt:
Tel. + 49 (0)30 /
284984-1624,

E-Mail:
moritz.klose@nabu.de,
www.nabu.de/wolf



Der letzte Wolf – ein Film von Jean-Jacques Annaud

In großen Teilen Europas und Nordamerikas wurde der Wolf im vergangenen Jahrhundert durch menschliche Verfolgung ausgerottet. In der Mongolei hingegen funktionierte bis in die 1960er-Jahre die Koexistenz zwischen den dortigen Nomaden und Wölfen. Gegenseitige Furcht und Respekt ermöglichten ein Nebeneinander.

Bis im Zuge der chinesischen Kulturrevolution nicht nur Lesen und Schreiben bei den mongolischen Hirten Einzug hielten, sondern auch durch Besiedelung und Landwirtschaft das Ökosystem des Graslandes aus dem Gleichgewicht geriet. Die Bauern in der Steppe konkurrierten mit den Wölfen um deren traditionelle Beute, etwa Gazellen. Weil die Wölfe nicht mehr genug zu fressen fanden, drangen sie in die Siedlungen der Menschen ein – und wurden zum Feind.

Jean-Jacques Annaud ist eine bildgewaltige Verfilmung des Buchs „Der Zorn der Wölfe“ (englisch: „Wolf Totem“) gelungen. Der Roman des ehemaligen Dissidenten und Wirtschaftsprofessors Lü Jiamin mit autobiografischem Hintergrund verkaufte sich in China seit seinem Erscheinen 2004 über 20 Millionen Mal. Damit ist es nach der sogenannten Mao-Bibel das meistverkaufte Buch in China. Zunächst unter einem Pseudonym prangert Lü Jiamin darin die chinesische Umweltpolitik an. Als Student, der Ende der 1960er-Jahre mongolische Schäfer alphabetisieren sollte, war er Zeuge der gigantischen Umweltzerstörung in der Mongolei. Der mongolische Wolf symbolisiert dabei stellvertretend Freiheit und Naturverbundenheit.

Dass inzwischen wieder etwa 30.000 Wölfe in der Mongolei leben, und dass sowohl das Buch von Lü Jiamin als auch der Film von Annaud nicht der chinesischen Zensur zum Opfer fielen, ist ein Zeichen der Hoffnung, dass die friedliche Koexistenz weitergehen kann.

- ▶ „Der letzte Wolf“ läuft seit dem 29. Oktober im Kino.

[Marion Busch]

Konzern-PR

Kunstrasen statt Graswurzelbewegung

Unternehmen bedienen sich verstärkt zivilgesellschaftlicher Protestformen

Wie Unternehmen Bürgerbewegungen ausnutzen, erzeugen oder gar simulieren – das Thema stößt auf Interesse. Das zeigte die Tagung „Wenn Konzerne den Protest managen“, die Robin Wood, LobbyControl, die Linke Medienakademie und das Onlineportal klimaretter.info am 26. September an der Humboldt Universität in Berlin veranstalteten. ■ VON UTE BERTRAND, ROBIN WOOD

„Unser Revier – Unsere Zukunft – An Rur und Erft“, so heißt eine im April in Kerpen gegründete Bürgerinitiative. Dies berichtet das „Nachbarschaftsmagazin hier“ von RWE Power.⁽¹⁾ Die Initiative versteht sich als Allianz für Realismus und Sachlichkeit und wolle sich in die Diskussion um die Zukunft der Braunkohle und des Reviers einbringen. Unerwähnt bleibt hingegen, wie die Braunkohlelobby mit dieser Initiative aus dem rheinischen Revier verhandelt ist.

Genau solche Zusammenhänge aber interessierten die TeilnehmerInnen der Tagung. Ulrich Müller von LobbyControl berichtete in seinem Eingangsvortrag, wie er gestutzt hatte, als er Kontakt zu der Initiative aufnehmen wollte, denn auf deren Website fand er nur eine Postfachadresse. Er recherchierte und fand heraus: Das Postfach gehört dem Bundesverband Braunkohle, einem Lobbyverein der Braunkohlenindustrie.

Bürgerinitiativen, Sponsoring und Konzernspitzel

Die Tagung war mit über 170 Teilnehmenden gut besucht. Rund 20 Referentinnen und Referenten aus Bewegung, Wissenschaft, Medien und Kommunikationsguerilla leuchteten das ganze Spektrum aktueller Protestmanagementstrategien aus – von gesteuerten Bürgerinitiativen über Dialogfallen, Einflussnahme durch Sponsoring bis hin zu Unternehmensspitzeln.

Die Tagung diente dazu, Wissen und Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig fortzubilden – mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft zu stärken. Anhand von Fallbeispielen wurden aktuelle Werkzeu-

ge der Unternehmens-PR analysiert und wirksame Gegenmittel diskutiert.

Die Konzern-PR setzt verstärkt auf Protestmanagement. Das hat Gründe: Dank einer selbstbewussten und gut informierten Zivilgesellschaft gelingt Investoren die Durchsetzung neuer Großprojekte nach dem Motto „Augen zu und durch“ immer schlechter. Massenproteste, Gerichtsverfahren, Imageschäden und zeitliche Verzögerungen sind die Folge. Es läuft nicht rund für die Projektträger – und das kostet sie Zeit, Geld, Reputation und Nerven. Daher hat sich in der Unternehmenskommunikation der Fokus verschoben: weg von der Frage, wie sich Protest vermeiden lässt, hin zu Plänen, wie Protest zu managen ist. Protest wird also von vornherein mitgedacht und eingeplant.

Protestmanagement als Unternehmens-PR

Dieser Ansatz fügt sich nahtlos in das Konzept des Stakeholdermanagements ein. Der betriebswirtschaftliche Blick, der sich zunächst nur auf die Ansprüche der Shareholder, also der Aktionäre, richtete, hat sich geweitet und erfasst inzwischen alle relevanten Stakeholder, also unterschiedliche gesellschaftliche Interessengruppen. Daher geht es jetzt darum, möglichst frühzeitig zu erfahren, welche Anspruchsgruppen mit welchen Argumenten, Aktionsformen und Intensitäten protestieren werden – und diesen Protesten möglichst sanft und leise den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zudem lassen sich Gruppen identifizieren, die für die eigenen Ziele aktiviert und als Druckmittel eingesetzt werden können.

Dies geschieht durch intensives Ausforschen der Anspruchsgruppen, durch Dialog-

formate, Grassroot-Lobbying und dadurch, dass Unternehmen selbst unter dem zivilgesellschaftlichen Deckmantel aktiv werden.

Astroturf

Das Schlagwort dafür lautet Astroturf – in den USA ein Markenname für Kunstrasen. Astroturf bezeichnet vermeintliche Graswurzelinitiativen, die von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, politischen Interessengruppen oder PR-Firmen konzipiert und finanziert werden.

Der Hintergedanke: Wer Akzeptanz schaffen will, muss selbst glaubwürdig erscheinen. Doch den Projektträgern fehlt genau das. Kleine lokale Initiativen, Graswurzelbewegte und die vielen Davids, die gegen Goliath kämpfen, sind hingegen authentisch und glaubwürdig in ihrem Einsatz für das Gemeinwohl. Was also liegt näher, als so aufzutreten wie sie?

Unternehmen können im weitestgehenden Fall vortäuschen, es gäbe eine Bürgerinitiative, etwa durch entsprechende Online-Aktivitäten. So tauchte vor etlichen Jahren im Netz eine vermeintliche Bürgerinitiative auf, die sich für die Privatisierung der Bahn einsetzte. Tatsächlich steckten Leute der Agentur und Denkfabrik Berlinpolis dahinter, die von der Deutschen Bahn einen entsprechenden Auftrag erhalten hatten.

Unternehmen können sich auch bestehender Gruppen bedienen, zu denen sie Kontakte knüpfen, um sie finanziell oder mit Know-how zu unterstützen und auf diesem Weg zu beeinflussen. Alternativ treiben Lobbyisten – als Privatpersonen – die Gründung einer Initiative voran. Einschlägige Beispiele sind neben der bereits genannten Braunkohle-Initiative etwa der Verein

Interessenvertretung

Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit sind zwei Strategien, wie Unternehmen ihre partikularen Interessen zu verallgemeinern versuchen. Während beim Lobbying diskrete Kontakte zu Entscheidungsträgern in die Institutionen der staatlichen Politik aufgebaut und genutzt werden, adressieren Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit die breite Bevölkerung und werben dort für Anliegen der Unternehmen.

Astroturf ist eine neue Form der Öffentlichkeitsarbeit, bei der Unternehmen Protestformen der Zivilgesellschaft imitieren.

„Bürger für Technik“, die „Gesellschaft zur Förderung umweltgerechter Straßen und Verkehrsplanung“, die Initiative „Ja zu Fra!“ für den Ausbau des Frankfurter Flughafens oder die von SAP, Siemens und Coca-Cola finanzierte Kampagne „Hopenhagen“ zum Klimagipfel 2009 in Kopenhagen.

Das Spektrum ist weit gefächert und differenziert zu betrachten. Problematisch wird es immer dann, wenn die Öffentlichkeit nicht nachvollziehen kann, wer als Initiator und strategischer Planer mit verdeckten kommerziellen Partikularinteressen hinter den Aktivitäten steckt.

Die Astroturf-Strategien zielen darauf ab, die Bedeutung einer Protestbewegung zu relativieren, deren Legitimität zu untergraben und Akzeptanz für die eigenen Vorhaben, etwa den Ausbau des Braunkohletagebaus, neue Fernstraßen oder der Atomenergie zu schaffen. Dies birgt Gefahren für zivilgesellschaftliche Bewegungen, denn die Öffentlichkeit muss sich darauf verlassen können, dass gilt: Wo Bürgerinitiative drauf steht, ist auch Bürgerinitiative drin. Sonst leiden auch die echten Graswurzelbewegten unter Glaubwürdigkeitsverlust, weil niemand mehr weiß, welcher Aktivist aus freien Stücken und gemeinwohlorientiert aktiv ist und welcher nicht.

Transparenz und Spontaneität sind nötig

Deshalb sind die Umweltbewegung und ihre Verbände, aber auch Wissenschaft und

Medien gefordert, transparent zu machen, wer in wessen Interesse agiert. Kunstrasen wächst ja nicht von allein.

Aufwändige Recherchen und deren Veröffentlichung sind dafür nötig. Regelmäßig geht es dabei um personelle Verflechtungen und finanzielle Unterstützung. Initiativen wie PR-Watch, Spinwatch oder LobbyControl leisten dafür wichtige Arbeit.

Transparenz allein reicht allerdings nicht. Protestmanagement zielt immer darauf ab, das Verhalten anderer vorherzusagen und zu lenken. Wer dies durchkreuzen will, darf sich nicht einplanen lassen. Darin liegt die Bedeutung von Überraschungsaktionen etwa von Robin-Wood-AktivistInnen oder auch der AktionskünstlerInnen des Berliner Peng Collectives, die mit Witz und Chuzpe darauf setzen, PR-Strategen mit deren eigenen Waffen zu schlagen.

Unternehmen und die von ihnen beauftragten PR-Agenturen machen sich eine Menge Gedanken darüber, wie sie Protest managen können. Es ist an der Zeit, den Spieß umzudrehen.

Zur Dokumentation der Tagung ist eine Broschüre in Arbeit, die kostenlos per E-Mail zu bekommen sein wird. Vorbestellungen an: presse@robinwood.de

Hintergrundinformationen und Links:

- ▶ (1) Artikel im RWE-Nachbarschaftsmagazin: www.kurzlink.de/rwehier02/15
- ▶ Programm und Hintergründe zur Tagung „Wenn Konzerne den Protest managen“: www.konzernprotest.de
- ▶ Link zum Tagungsvideo: www.youtube.com/user/RobinWoodVideo

Ute Bertrand ist Diplom-Journalistin und arbeitet bei Robin Wood, Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt als Pressesprecherin. Sie gehörte mit zum Team, das die Tagung „Wenn Konzerne den Protest managen“ organisiert hat.

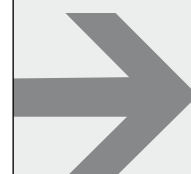
Kontakt:
E-Mail:

Ute.Bertrand@robinwood.de,
Tel: +49 (0)40 / 38089222
www.konzernprotest.de,
www.robinwood.de



Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Erkenntnisgewinn

Die wissenschaftliche Disziplin der Humanökologie untersucht Wirkungszusammenhänge und Interaktionen zwischen Gesellschaft, Mensch und Umwelt. Die Autoren und Autorinnen untersuchen, wie die Humanökologie von systemtheoretischen Ansätzen profitieren kann - und stellen so neue Verknüpfungen zwischen eher isoliert stehenden Erkenntnisbereichen her. An zahlreichen Beispielen zeigen sie, wie systemtheoretische Ansätze die Humanökologie bereichern können.

K.-H. Simon, F. Tretter (Hrsg.)
Systemtheorien und Humanökologie
Positionsbestimmungen
in Theorie und Praxis

344 Seiten, broschiert, 39,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-772-3

Beziehbar im Buchhandel oder versandkostenfrei bestellbar innerhalb Deutschlands unter www.oekom.de

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Mikroplastik im Meer**Großer Plastikabfall zählt**

■ Bis zu 30 Millionen Tonnen an Kunststoffen landen pro Jahr in unseren Weltmeeren, zersetzen sich in kleine Teilchen und lagern sich in der Nahrungskette an. Das ergab eine Ende September veröffentlichte Studie des Bundesumweltamtes (UBA). Hauptverursacher dabei ist Plastikmüll, angefangen bei der Plastiktüte bis hin zum Fischernetz.

Primäres Mikroplastik hat hingegen einen relativ geringen Anteil von 500 Tonnen. Dieses wird in Kosmetika, in Peelings oder Duschgels verwendet. Der Konsum solcher Produkte sollte in jedem Fall eingeschränkt werden, fordert das UBA, von größerer Bedeutung sei allerdings die Verringerung des generellen Eintrags von Kunststoffen in die Umwelt weltweit.

3,4 bis 5,7 Millionen Tonnen Plastik finden jedes Jahr ihren Weg in europäische Gewässer. 75 Prozent des Müllaufkommens an europäischen Stränden sind Plastikabfälle. Die Staaten müssten mit regulativen Maßnahmen gegen die weitere Verschmutzung vorgehen und bestehende Rechtsrahmen wie die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie der EU voranbringen, fordern die ForscherInnen der Studie. [es]

- ▶ www.umweltbundesamt.de/publikationen/quellen-fuer-mikroplastik-relevanz-fuer-den

Gefährliche Chemikalien**Gemeinsam für sichere Stoffe**

■ Auf zwei internationalen Konferenzen haben sich Staaten für eine sichere und nachhaltige Chemikalienpolitik ausgesprochen. Das Bundesumweltministerium plant ein Kompetenzzentrum, um die internationale Zusammenarbeit zu stärken.

„Nur gemeinsam können wir erreichen, die Risiken auf ein ökologisch und sozial vertretbares Minimum zu reduzieren“,

sagte Staatssekretär Jochen Flasbarth zum Auftakt der internationalen Konferenz zur nachhaltigen Chemie in Berlin Ende September.

Unter Nachhaltigkeit in der Chemie wird unter anderem der sparsame Verbrauch von endlichen Rohstoffen, die Vermeidung von gefährlichen Abfällen und von Emissionen gefährlicher Stoffe in die Umwelt verstanden.

In Genf fand das alljährliche globale Treffen zur Handhabung von Chemikalien von VertreterInnen der Regierungen, Industrie, öffentlichen Interessengruppen, Gewerkschaften und Gesundheitsexperten aus 130 Ländern statt. Die UN-Institution Strategischer Ansatz für ein internationales Chemikalienmanagement (SAICM) organisierte die Veranstaltung. Sie einigten sich unter anderem auf eine erstmalige Regulierung der weltweit gefährlichsten Pestizide mittels einer UN-Vereinbarung.

Problematisch ist die zukünftige fehlende Finanzierung solcher Programme vonseiten der Industrie. Man müsse nun nach neuen Förderungsmöglichkeiten suchen, hieß es von den Teilnehmenden. [es]

- ▶ www.umweltbundesamt.de/en/sustainable-chemistry-conference-agenda
- ▶ www.kurzlink.de/SAICM-conference2015

Pestizide**Neue Verbotsliste**

■ Das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) hat Anfang Oktober eine Liste darüber veröffentlicht, welches Schädlingsbekämpfungsmittel in welchem Land verboten ist.

Mithilfe von offiziellen Daten wurde die „Consolidated List of Banned Pesticides“ erstellt. In der EU sind beispielsweise 48 Pestizide verboten und 169 nicht zugelassen. Zusätzlich gibt die Übersicht Auskunft darüber, welche der Mittel nach Kriterien der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO und nach Kriterien der PAN als hochgefährlich gelten. [pw]

- ▶ www.kurzlink.de/PAN-List-of-bans
- ▶ www.pan-germany.org

Chemiegift**Industrie bekommt recht**

■ Die EU-Kommission hat einen Fehler in der Bewertung der Giftigkeitsklassifizierung des kohlebasierten Stoffes CTPHT begangen. Dies entschied Anfang Oktober der Gerichtshof der EU zugunsten einiger Chemieunternehmen. Diese hatten geklagt, CTPHT nicht als dauerhaft giftig für die aquatische Umwelt einzustufen. CTPHT entsteht als Rückstand hauptsächlich in der Aluminium- und Stahlindustrie. Auch im Straßenbau, der Bedachung und der Brikettierung wird es angewendet.

Obwohl es nun nicht mehr als giftig für die aquatische Umwelt gilt, ist CTPHT weiterhin krebserregend, mutagen und fortpflanzungsgefährdend.

Zudem entschied der EU-Gerichtshof, dass die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) keine zusätzlichen Informationen zu umweltgefährdenden Chemikalien herausgeben muss. Dies gab die NGO ClientEarth bekannt, die die ECHA im Jahre 2011 auf Informationsfreigabe von gefährlichen Chemikalien verklagt hatte. Es handelt sich um die genauen Mengenangaben der 356 Giftstoffe, die große Unternehmen wie Bayer, BASF und Evonik herstellen. ClientEarth und ChemSec überlegen nun, das Urteil anzufechten. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/EU-Court-CTPHT-Gift
- ▶ www.clientearth.org/news/latest-news/2989

Nanomaterialien**ECHA fordert Regulierung**

■ In der EU gibt es bisher keine klaren Regeln zum Risikomanagement von Nanomaterialien. Der Geschäftsführer der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) Geert Dancet drängt nun die EU-Kommission zu schnellem Handeln. Auch Umweltverbände kritisieren in einem Positionspapier die fehlenden Informationspflichten zu Nanomaterialien in dem Chemikalienregister REACH.

Bei einem Treffen mit dem Umweltausschuss des EU-Parlamentes betonte Dancet, dass sich Firmen weigerten, zusätzliche

Informationen zu Nanobestandteilen in Produkten an die Agentur herauszugeben. Dadurch werde das Beurteilungsverfahren der Auswirkungen der Substanz verzögert.

Ein Kommissionsvertreter sagte daraufhin, dass die Kommission intensiv an der Überarbeitung der REACH-Annexe für Nano arbeite und bis zum Ende des Jahres einen Vorschlag vorlegen will.

Drei europäische Umweltorganisationen, CIEL, ECOS und das Öko-Institut, fordern in ihrem Positionspapier eine klare Offenlegung zu den Testverfahren der einzelnen Nanosubstanzen sowie Angaben zu den potenziellen Gefahren für Mensch und Umwelt. Sie legen besonderen Wert auf die Untersuchung der Auswirkungen der Funktionalisierung von Oberflächen wie die Beschichtung von Produkten. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/EP-Video-Nanodebate
- ▶ www.ciel.org/wp-content/uploads/2015/10/Position-Paper-REACH-Annexes-Final.pdf

EU-Luftqualität

Saubere Traktoren nötig

■ Die Luftverschmutzung durch mobile Geräte soll mithilfe von Grenzwerten eingedämmt werden. Dafür stimmte im September der Umweltausschuss des EU-Par-

laments. Zu den mobilen Geräten, die nicht für den Straßenverkehr gedacht sind, zählen Rasenmäher und Kettensägen, aber auch Großgeräte wie Traktoren, Lokomotiven und Binnenwasserfahrzeuge. Diese sind für bis zu 15 Prozent des gesamten Stickstoffdioxidausstoßes in der EU sowie für fünf Prozent der Feinstaubemissionen verantwortlich. Die Mitglieder des Umweltausschusses forderten die Mitgliedstaaten zudem auf, bei veralteten Maschinen verschmutzungsärmere Technologien einzubauen.

Der Umweltdachverband Transport and Environment kritisierte den Gesetzentwurf. Er enthalte zu viele Ausnahmen und keine Verpflichtung, Diesellokomotiven nachzurüsten. Der Gesetzentwurf geht nun zum EU-Ministerrat und wird dann im Plenum des EU-Parlaments abgestimmt. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/ENVI-vote-NRMM
- ▶ www.transportenvironment.org/press/european-parliament-fails-clean-diesel-trains

Luftverschmutzung

Staaten handeln nicht

■ Sowohl Großbritannien als auch Hessen sind in den vergangenen Monaten von Gerichten auf ihre mangelnde Einhaltung der Luftqualitätsstandards hingewiesen

worden. Allerdings haben die Verantwortlichen seitdem nicht ausreichend gehandelt.

London übersteigt die EU-Grenzwerte für Dieselabgase so weit, dass bis 2025 nicht mit der Einhaltung der Luftqualitätsrichtlinie gerechnet werden kann, gab ClientEarth bekannt. Die NGO hatte Großbritannien im vergangenen Jahr erfolgreich verklagt (umwelt aktuell, 02/2015, S. 9). Das nun von der britischen Regierung vorgelegte Maßnahmenpaket sei bei Weitem zu schwach.

Der Umweltverband DUH hatte vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden ein Verfahren gegen die hessische Landesregierung gewonnen, nachdem in Limburg und Offenbach die Stickstoffdioxidwerte (NO₂) anhaltend hoch waren (umwelt aktuell, 08/2015, S. 10). Nun entschied das Verwaltungsgericht, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichend gewesen seien und dass das Land einen verbesserten Luftreinhalteplan aufstellen müsse. Die DUH begrüßte diese Entscheidung und fordert kurzfristige Fahrverbote für Dieselfahrzeuge.

Insbesondere Menschen mit wenig Geld, Kranke und kinderreiche Familien, die an stark befahrenen Straßen wohnen, sind von der Luftverschmutzung betroffen. In Europa sterben 400.000 Menschen jährlich an den Folgen. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/ClientEarth-UK-airpo
- ▶ www.l.duh.de/p081015a



Meilensteine der Völkerverständigung

Seit einem Vierteljahrhundert wird über die Zukunft unseres Planeten verhandelt – durchaus mit Erfolg, wie Nick Reimer belegt. Der renommierte Umweltjournalist hat zum ersten Mal 1995 von einer Klimakonferenz berichtet. Kurzweilig und anekdotenreich lässt er 25 Jahre Klimadiplomatie Revue passieren und verdeutlicht, vor welchen Herausforderungen die Delegierten auf der Klimakonferenz in Paris stehen. Nick Reimers Buch enthält alles, was man über die »Meilensteine der globalen Völkerverständigung« und ihre Zukunft wissen muss.

Nick Reimer

Schlusskonferenz

Geschichte und Zukunft der Klimadiplomatie

208 Seiten, Paperback, 14,95 Euro, ISBN 978-3-86581-746-4. Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei bestellbar innerhalb Deutschlands unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

Die guten Seiten der Zukunft 

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

StadtLust

Die Quellen urbaner Lebensqualität



Eine neue Lust am Leben in der Stadt ist spürbar: Sozial-ökologische Wohnprojekte, Gemeinschaftsgärten, umweltschonende Mobilitätsangebote und suffiziente Architektur zeigen, dass die Zeiten der grauen, unwirtschaftlichen Stadt vorbei sind. Bunt und attraktiv bieten Städte ihren Bewohnern Erholung und der Natur Lebensraum. Als Reallabore für das Zusammenleben verschiedener Kulturen, für CO₂-leichtes Wirtschaften und den effizienten Umgang mit Ressourcen tüfteln Städte erfolgreich an Lösungen für die Probleme unserer Zeit. Während die einen dabei vorrangig auf Technik und die Smart City setzen, stellen andere das menschliche Maß ins Zentrum. Die Autor(inn)en des Bands „StadtLust“ spüren den vielfältigen und spannenden Trends nach, die unsere Städte fit für die Zukunft machen.

Mit Beiträgen von D. Fuhrhop, K. Burmeister, S. Below, M. Rasper, S. Braun u.v.m.



Forschungswende
politische ökologie (Band 142)
144 Seiten, 17,95 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-755-6

Erhältlich bei
www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

oekom
verlag

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Globalisierung

Indigene für Klimaschutz

■ Am Rande einer Konferenz in Nicaragua im Oktober haben VertreterInnen indigener Völker Afrikas und Lateinamerikas eine Erklärung für mehr Klimaschutz verabschiedet. Schon heute sind sie besonders vom Klimawandel betroffen. Wie der Informationsdienst Blickpunkt Lateinamerika berichtete, fordern sie vor der Klimakonferenz in Paris Ende des Jahres bessere Gesetze von den Regierungen der Welt, vor allem finanzielle Mittel für Gemeinden zum Schutz des Waldes, der Tierwelt und natürlicher Ressourcen. Weiterhin wollen sie, dass Menschen besser über den Klimawandel informiert und nationale Schutzgebiete bewahrt werden.

Unterzeichnet wurde die Erklärung von IndigenenvertreterInnen aus Panama, Bolivien und Nicaragua. Der Forderungskatalog soll Regierungsvertretern während des Weltklimagipfels Ende November überreicht werden. [akm]

► Blickpunkt Lateinamerika:
www.kurzlink.de/Ind-Klima

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Internationale Klimaverhandlungen

Ziele reichen nicht aus

■ Die Treibhausgasmininderungsbeiträge (INDCs) der Staaten, die an den internationalen Klimaverhandlungen im De-

zember in Paris teilnehmen, können die Erderwärmung bis zum Jahr 2100 nicht auf zwei Grad begrenzen. Das stellten Experten der EU-Kommission während eines Treffens im Oktober in Rabat, Marokko, fest. Vielmehr müsse man bei dem aktuellen Stand der Klimaversprechen von einer Drei-Grad-Erwärmung ausgehen. 149 Staaten haben ihre Klimaversprechen im Rahmen der anstehenden UNFCCC-Verhandlungen (Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen) abgegeben. Sie sind gemeinsam für 90 Prozent aller CO₂-Emissionen verantwortlich.

Die Klimaschutzorganisation CAN Europe forderte die Europäische Union dazu auf, eine zeitnahe Revision der INDCs bis spätestens 2018 zu unterstützen. Klimakommissar Cañete bestätigte, dass die EU einen Fünf-Jahres-Revisions-Mechanismus unterstützen werde.

Auch weitere Bereiche des geplanten Klimaabkommens sind umstritten. In einem Anfang Oktober veröffentlichten Vertragsentwurf wurde eine Bestimmung zu Emissionen aus der Luft- und Schifffahrt aus früheren Versionen des Vertrags entfernt. Zuvor hatte der Generalsekretär der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) dafür plädiert, dass die Regelung von Schifffahrtsemissionen bei der IMO bleiben soll.

Auch Annalena Baerbock, Sprecherin für Klimapolitik der Bundestagsfraktion der Grünen, äußerte sich zum Entwurf: „Es ist gut, dass der Vertragsentwurf nun eine greifbare Größe bekommen hat und die Verhandlungsteams erkennen, wo die Hauptbaustellen sind. Der Entwurf zeigt aber auch auf, dass bis Paris noch viel zu tun bleibt. Nun gilt es vor allem für Deutschland und die Europäische Union, daran mitzuwirken, die vielen Lücken im Text zu schließen und sich klar für einen ambitionierten Vertragstext auszusprechen.“ [lr]

- www.europa.eu/rapid (search: IP/15/5835)
- www.kurzlink.de/caneurope-cop-pledge
- www.imo.org/en/MediaCentre/PressBriefings/Pages/42-Sekimizustatement.aspx
- www.unfccc.int/resource/docs/2015/adp2/eng/8infnot.pdf

Klima-Dokumentarfilm

Zwischen Himmel und Eis

■ Am 26. November kommt – pünktlich zur UN-Klimakonferenz in Paris – Luc Jacquets neues Meisterwerk „Zwischen Himmel und Eis“ in die Kinos. Dieses Mal nimmt der Oscar-Preisträger seine Zuschauer mit in die faszinierende Welt der Antarktis. Der eindrucksvolle Dokumentarfilm ist gleichermaßen bildgewaltiges Naturerlebnis, spannendes Antarktisabenteuer und bewegendes Plädoyer für den Klimaschutz.

Luc Jacquet blickt zurück auf die ersten Expeditionen des französischen Polarforschers Claude Lorius, der bereits als junger Mann unter extremsten Bedingungen Expeditionen ins Eis gewagt hat. Ihm gelang es, die Klimageschichte unseres Planeten bis 800.000 Jahre zurückzuverfolgen und eine bittere Wahrheit aufzudecken. [red]

► www.zwischenhimmelundeis.weltkino.de

EU-Klimaziele I

Kommission Umsetzung gesetzlich verankern

■ Der Vizepräsident der EU-Kommission Maroš Šefčovič hat im Oktober mit dem Industrieausschuss des EU-Parlaments über die Energieunion beraten. In seiner Rede sprach er sich für eine Umsetzung der 2030-Ziele für Klima und Energie durch die EU-Gesetzgebung aus.

„Gesetzgebung bleibt zentral für das Steuerungssystem“, heißt es in seinem Redemanuskript. Weiterhin bestätigte er, dass die geplanten Pflichten zu Plänen und Berichten („Planning and Reporting“) gesetzlich verankert werden sollen.

Umweltorganisationen hatten befürchtet, dass die Umsetzung der Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz nur auf Basis informeller Pläne zwischen der EU-Kommission und den einzelnen Mitgliedstaaten ausgehandelt werden sollen. Dass die EU-Kommission nun eine Verankerung über EU-Gesetzgebung plant,

Paris muss ein klares Signal zum Kohleausstieg senden

Bei der UN-Klimakonferenz COP21 muss die Weltgemeinschaft entscheiden, den Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare zu beschleunigen, sagt Gaétan Arnould von CAN Europe.

Die EU hat sich zu Klimaschutzmaßnahmen und zur Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf zwei Grad verpflichtet. Ihre Positionen in Paris müssen den aktuellen Handlungsdruck widerspiegeln.

Das Pariser Protokoll muss mit den neuen Erkenntnissen der Wissenschaft und den durch den Weltklimarat IPCC definierten Kohlebudgets übereinstimmen. Die EU-Positionen in Paris müssen die Auswirkungen unterschiedlicher Erwärmungsniveaus reflektieren und klare Reduzierungs- und Anpassungsziele festsetzen, die auf 100 Prozent der Emissionen abzielen. Das Ergebnis in Paris muss den Anspruch beibehalten, die Erderwärmung auf 1,5 bis 2 Grad zu begrenzen. Dazu müssen die derzeitigen Maßnahmen bis 2020 ausgebaut und auf alle Sektoren, beispielsweise Schiff- und Luftfahrt, ausgedehnt werden. Damit die Pariser Ergebnisse glaubhaft sind, müssen sie messbare Verpflichtungen zur Emissionsreduzierung bis 2020 beinhalten.

Die EU muss ihre 2030-Zielsetzung vor der COP21 erhöhen. Das aktuelle Ziel zur Reduzierung um 40 Prozent bis 2030 ist weit davon entfernt, den gerechten Anteil der EU an den globalen Anstrengungen widerzuspiegeln. Deshalb sollte die EU ihr Mindestziel zur 40-prozentigen Reduzierung vor Paris konkretisieren und Informationen über ihre geplanten Emissionsbudgets für die Zeiträume von 2021–2025 und 2021–2030 bereitstellen.

Unzureichende nationale Klimaziele (INDCs) müssen vor 2018 überarbeitet werden. Eine erste Analyse der bisher von fast 150 Staaten eingereichten INDCs ergibt, dass die globale Durchschnittstemperatur bei den aktuellen Zielsetzungen um 2,7 bis 3,5 Grad ansteigen wird. Daher müssen sich die Staaten in Paris darauf einigen, dass mehr Ehrgeiz notwendig ist, um die wissenschaftlich erwiesenen Anforderungen in die INDCs bis 2018 einzuarbeiten.

Für ein stabiles System müssen sich die nationalen Zielsetzungen auch auf ein einheitliches Datum beziehen und neue Zielsetzungen zeitgleich verhandelt werden. Die bisher eingereichten INDCs haben unterschiedliche Abschlussdaten

(2025 oder 2030). Die Anpassungsrevision 2018 ist eine Chance, die nationalen Zeitpläne bis 2025 zu harmonisieren. Wir rufen die EU auf, sich für die Fünf-Jahres-Verpflichtungszeiträume als integralen Bestandteil des Paris-Protokolls einzusetzen. Dies wäre das effektivste Kontrollinstrument, das während COP21 etabliert werden kann.

Das Pariser Protokoll muss zudem ein klares Signal für das schnelle Ende von Kohle und anderen fossilen Brennstoffen senden. Weltweit müssen Investitionen bis 2050 zu 100 Prozent in erneuerbare Energien und die globale Dekarbonisierung fließen. 2100, wie im aktuellen EU-Vorschlag vorgesehen, ist viel zu spät und betont die Dringlichkeit weltweiter Reduktionsmaßnahmen nicht ausreichend.

Mangelnder Fortschritt in der Klimafinanzierung macht ein Abkommen in Paris unwahrscheinlich. Nach der COP21 werden die Industriestaaten einen glaubhaften Fahrplan präsentieren müssen, wie sie ihre Ausgaben auf 100 Milliarden Dollar jährlich bis 2020 steigern wollen. Diese Fahrpläne müssen insbesondere Zielsetzungen für die Bereitstellung öffentlicher Gelder beinhalten. Für die Zeit nach 2020 sollte das Pariser Protokoll in regelmäßigen Abständen gemeinsame Ziele zur Unterstützung von Staaten vorsehen, die nicht selbstständig in der Lage sind, notwendige Maßnahmen zu ergreifen.

Die EU muss Länder, die von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen sind, bei der Anpassung sowie beim Verlust- und Schadensausgleich unterstützen. Es ist entscheidend, im Pariser Protokoll gleichwertige Ziele zur Anpassung zu formulieren und auch langfristige Anpassungsziele festzulegen, um die politische Bedeutung von Anpassungsmaßnahmen zu steigern und weltweite Aktivitäten zu fördern. Um ausreichend Unterstützung für die Anpassung sicherzustellen, sollten 50 Prozent der finanziellen Unterstützung wohlhabenderer Staaten für die Anpassung bestimmt sein.

Gaétan Arnould,
Climate Action Network (CAN) Europe.

bedeutet transparentere Verhandlungen im ordentlichen Verfahren mit vollem Mitentscheidungsrecht des EU-Parlaments und qualifizierter Mehrheit im Rat der EU-EnergieministerInnen.

Die Internationale Energieagentur (IEA) hatte zuvor ebenfalls einen starken Rahmen für die Umsetzung des Erneuerbaren-Ziels für 2030 empfohlen. Demnach solle das Ziel auf nationale indikative Benchmarks heruntergebrochen werden, um das Potenzial von Erneuerbaren in Europa auszunutzen, heißt es in einem Bericht der Agentur zur globalen Entwicklung von erneuerbaren Energien. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/sefc-itre-091015
- ▶ www.iea.org/bookshop/708-Medium-Term_Renewable_Energy_Market_Report_2015

EU-Klimaziele II

Gabriel soll verbindliche Umsetzung sicherstellen

■ Anlässlich des EU-Energieministertreffens Ende September in Luxemburg hat eine breite Koalition aus Unternehmens- und Umweltverbänden, Kirchen und Gewerkschaften Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) aufgefordert, sich für verbindliche Instrumente zur Umsetzung der Klima- und Energieziele der EU für 2030 einzusetzen.

Ein schwaches Governance-System berge die Gefahr, die Mindestziele im Klima- und Energiebereich für 2030 zu untergraben. „Staaten wie Großbritannien und Tschechien versuchen die Ziele für Erneuerbare und Energieeffizienz über eine informelle und unwirksame Umsetzung abzusägen. Für einen kosteneffizienten Umbau des Energiesystems sind verbindliche Maßnahmen zur Zielumsetzung aber unverzichtbar“, sagte Leif Miller, Vizepräsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR).

„Sigmar Gabriel muss sich persönlich dafür starkmachen, dass die Energieeffizienzrichtlinie und die Richtlinie über Erneuerbare Energien auch nach 2020 den

verlässlichen Rahmen für die europäische Energiewende setzen“, ergänzte Antje Mensen, EU-Energieexpertin beim DNR.

Bereits im Oktober 2014 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU die Klima- und Energieziele bis 2030. Die Ziele für Erneuerbare und Energieeffizienz wurden aufgrund der Blockadehaltung einiger Mitgliedstaaten jedoch nicht auf nationale Ziele heruntergebrochen, das Ziel für Energieeffizienz ist bislang unverbindlich. Die Mitgliedstaaten der EU wollen sich bis November auf eine Richtung für die Ausgestaltung der EU-Energiepolitik nach 2020 festlegen. [lr]

- ▶ www.dnr.de/downloads/pm-governance-230915.pdf
- ▶ www.eu-koordination.de/PDF/brief-governance-sg-bh-140915.pdf

EU-Energieeffizienz

Barrieren nicht ausgeräumt

■ In der EU bestehen immer noch Barrieren, die verhindern, dass Energieeffizienzpotenziale ausgeschöpft werden. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse des Netzwerks Coalition for Energy Savings.

Dabei handelt es sich teilweise um regulatorische Hürden. Die EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) hält die Mitgliedstaaten dazu an, diese Hürden abzubauen. Die Analyse der Fortschrittsberichte zur EED zeige jedoch, dass sich die EU-Staaten in diesem Prozess erst am Anfang befinden.

Unter den Barrieren sind das Dilemma der geteilten Anreize zwischen Hausbesitzern und Mietern, um in Effizienzmaßnahmen zu investieren, sowie Hürden für Dienstleistungen in dem Bereich und fehlende steuerliche Anreize. Fast alle Mitgliedstaaten haben bislang Schwierigkeiten, das Anreizdilemma im Gebäudebereich zu lösen. Auch Effizienzdienstleistungen sind in vielen Mitgliedstaaten noch von strukturellen Hürden betroffen. In ihren Fortschrittsberichten halten die EU-Staaten fehlende steuerliche Anreize nicht für problematisch. Das sehen InteressenvertreterInnen aber laut der Coalition for Energy Savings teilweise anders.

Bis 2030 könnte die EU auf kosteneffiziente Weise ein Ziel von 40 Prozent Energieeffizienz erreichen – mit ökologischen, ökonomischen und sozialen Vorteilen. Damit dieses Potenzial erreicht wird, sei der Abbau von strukturellen und institutionellen Barrieren für Investitionen in Energieeffizienz zentral, heißt es in einer Mitteilung zu der Studie. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/o0yWpn6iz

Strommarkt

Kurzfristige Preissignale für Integration von Erneuerbaren

■ Bei der Entwicklung eines neuen Marktdesigns für den Stromsektor muss die EU nach Ansicht von Interessenvertretern insbesondere die Kurzfristmärkte stärken. Das geht aus den Ergebnissen einer Konsultation der EU-Kommission hervor. Ziel des Strommarktumbaus ist es, den wachsenden Anteil erneuerbarer Energien mit ihren Besonderheiten wie Dezentralität und Fluktuation besser in den Strommarkt zu integrieren. Richtige und kurzfristige Preissignale sind demnach eine zentrale Hürde auf dem Weg zu einem erneuerbaren Stromsystem.

Während Erneuerbarenverbände ein Aufrechterhalten des Einspeisevorrangs forderten, sprach sich die Lobbyorganisation der großen Energieversorger Eurelectric dafür aus, diese aufzugeben. Stattdessen solle künftig der CO₂-Preis im Emissionshandel den Hauptanreiz für Investitionen in erneuerbare Energien liefern. Weiterer Streitpunkt ist die Frage, wie die Fördersysteme für erneuerbare Energien besser miteinander verzahnt werden können und inwiefern Mitgliedstaaten ihre Fördersysteme künftig für andere Länder öffnen müssen.

Die Kommission will im Herbst 2016 einen Gesetzesvorschlag für ein neues Strommarktdesign unterbreiten. [am]

- ▶ www.ec.europa.eu/energy/en/consultations/public-consultation-new-energy-market-design

„Für Klimaexilanten muss ein völkerrechtlicher Status geschaffen werden“

Millionen von Menschen sind aufgrund von Kriegen weltweit auf der Flucht. Aber auch der Klimawandel und andere Umweltveränderungen tragen zur Vertreibung bei. Immer mehr Menschen verlieren infolge des Klimawandels ihre Lebensgrundlage und sehen sich gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Sie brauchen unsere Unterstützung, sagt Jan Kowalzig.

Bitte definieren Sie den Begriff Klimaflüchtling.

Das kann man nicht definieren. Wir sprechen ja nicht nur von Fluchtbewegung, sondern von Migration infolge des Klimawandels. Der Begriff Flüchtling ist international völkerrechtlich definiert durch die Genfer Flüchtlingskonvention. Dass jemand flieht vor dem Klima, das kommt halt vor, aber das ist international kein fester Begriff. Klimaflüchtling erweckt den Eindruck, dass es sich um eine Fluchtbewegung, also plötzliches, überstürztes Abwandern oder Fliehen handelt. Das ist nicht der Fall. Die viel größeren Bewegungen sind Migrationsbewegungen, weil der Klimawandel die Menschen zur Aufgabe ihrer Heimat zwingen kann. Eine überstürzte Flucht hat man etwa bei einer Unwetterkatastrophe. Dann fliehen die Menschen, um Leib und Leben zu retten. Meistens kehren sie wieder zurück, wenn die Katastrophe vorbei ist und der Wiederaufbau beginnt. Ich würde also eher von durch Klimawandel erzwungene Migration sprechen.

Woher kommen die meisten?

Das kann man auch nicht so genau sagen, weil der Klimawandel selber nicht die Ursache für die Migration ist, sondern andere Treiber verstärkt. Wer seine Heimat aufgibt, tut das aus ganz unterschiedlichen Gründen: weil er sozial marginalisiert ist, weil er politisch diskriminiert ist, weil er wirtschaftlich keine Chancen hat. Die meisten ziehen vom Land in die Stadt im selben Land, selten geht es über die Landesgrenze, und noch viel weniger über Kontinente hinweg. Ein Grund für die Migration ist etwa die europäische Agrarpolitik, die den Leuten in Afrika die Landwirtschaft kaputt macht, oder es sind die Fischereiflotten aus Europa, die in Westafrika die Meere leer fischen und den Menschen dort die Lebensgrundlagen zerstören. Es gibt Gegenden, da ist das Problem massiver. Zum Beispiel im südlichen Afrika, wo die Niederschlagsmuster sich verändern und die Leute zur Aufgabe ihrer kleinbäuerlichen Landwirtschaft gezwungen werden. Es ist ein Sammelsurium von Faktoren, die dazu führen, dass ein Mensch sagt, ich kann hier kein Leben in Würde mehr führen, ich komme hier nicht aus der Armut raus, und deswegen gehe ich dahin, wo ich glaube, dass ich das bekommen kann. Dieses Recht kann ihnen keiner verwehren.

Wie viele Klimamigranten gibt es Ihrer Schätzung nach?

Die Zahlen gehen sehr weit auseinander. Sie fangen an bei 50 Millionen Menschen, die pro Jahr von diesem Phänomen betroffen sein werden, bis hin zu einer Milliarde. Wir reden nicht von heute oder morgen, wir reden von in einigen Jahrzehnten. Das kommt sehr darauf an, wie stark sich der Klimawandel entwickeln wird, was direkt davon abhängt, wie viel Klimaschutz wir betreiben. Es kommt auch darauf an, wie viel Unterstützung die armen Länder bekommen, um sich an den Klimawandel anzupassen.

Welches sind die Hauptgründe für klimabedingte Flucht?

Bei Migration ist es grundsätzlich die Erosion der Lebensgrundlagen. Da kann man dann überlegen, was trägt der Klimawandel dazu bei. Bei Fluchtbewegungen sind es die Katastrophen, die das konkret auslösen. Migration hat an jedem Ort andere Ursachen. Zum Beispiel zunehmende Dürren, die die Landwirtschaft unmöglich machen, sodass die Menschen kein Auskommen mehr haben. Oder woanders die Wasserknappheit, dass es einfach nicht mehr genug zu trinken gibt, oder das Vieh nicht mehr getränkt werden kann. In Küstengebieten kann Meerwasser ins Grundwasser eindringen, und das Trinkwasser versalzt. Es kann sein, dass knapper werdende Ressourcen zu Konflikten führen, die die Menschen in die Flucht treiben.

Was ist zu tun, damit nicht noch mehr Menschen aufgrund des Klimawandels oder anderer Naturzerstörungen entwurzelt werden?

Die Maxime ist: Jeder Mensch hat das Recht, abzuwandern, wenn er das gern tun möchte, wenn er glaubt, er habe woanders bessere Chancen. Zu überlegen, was können wir tun, dass möglichst wenige nach Europa kommen, halte ich für unangemessen. Das Problem Klimamigration muss man ganzheitlich angehen. Also erstens möglichst viel Klimaschutz, damit wir möglichst wenig Klimawandel haben – da ist die Zwei-Grad-Schwelle ganz wichtig. Das bedeutet Klimaschutz weltweit, gerade in Europa und Deutschland müssen wir wesentlich mehr dafür machen, damit das Szenario eines unbeherrschbaren

Klimawandels nicht eintritt. Zweitens, da wir den Klimawandel nicht mehr ganz aufhalten können, sondern nur noch begrenzen, müssen wir den Ländern vor Ort ausreichend Unterstützung anbieten, sich an den Klimawandel anzupassen. Das heißt, dass sie mit veränderten Niederschlagsmustern umgehen können, mit zunehmenden Unwetterkatastrophen, dass sie da Risikovorsorge betreiben. Wenn das beides nicht mehr funktioniert, und sich die Menschen auf Wanderschaft begeben, müssen sie darin unterstützt werden, damit die Migration sie nicht in eine Abwärtsspirale treibt. Die klimabedingte Migration muss auch völkerrechtlich besser geschützt werden. Die Menschen müssen einen Status bekommen, aus dem sich Rechte ableiten. Dieser letzte Aspekt betrifft vor allem diejenigen, man könnte sie vielleicht Klimaexilanten nennen, die dauerhaft nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren können, weil diese nicht mehr existiert, etwa kleine Inselstaaten. Für diese Menschen müssen Mechanismen geschaffen werden, mit denen ihr Status geregelt wird.

Welche Erwartungen haben Sie an den UN-Klimagipfel in Paris?

Die kleinen Inselstaaten fordern ganz konkret einen Mechanismus, der sich mit der Migration infolge des Klimawandels auseinandersetzt. Insgesamt ist die Migration als eine legitime Anpassungsstrategie anerkannt, das heißt, eine organisierte Migration kann eben auch gut sein, um zu gehen. Unterstützung im neuen Klimaregime ist auch ein Thema in Paris.

[Interview: Marion Busch]

Jan Kowalzig ist Referent für Klimawandel und Klimapolitik bei Oxfam Deutschland.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 453069-614,
E-Mail: jkowalzig@oxfam.de,
www.oxfam.de



Flüssigerdgas

Konsultation: Pro und Contra

■ Eine kürzlich durchgeführte öffentliche Konsultation der EU-Kommission zur künftigen Rolle von Flüssigerdgas (LNG) im EU-Energiemix zeigt, dass diese Art des Transports und der Speicherung von Erdgas nicht als Allheilmittel angesehen werden kann.

Während VertreterInnen der Gasindustrie darauf bestehen, dass Gasspeicherung zu einem kohlenstoffarmen Markt beitragen wird, indem es ein flexibles Energieangebot gewährleistet, weist etwa die Coalition of Energy Savings, ein Zusammenschluss aus Industrie und Nichtregierungsorganisationen, darauf hin, dass Energieeinsparung kosteneffizienter als Gasspeicherung ist und daher Vorrang haben sollte.

CAN Europe betont in seiner Antwort auf die Konsultation, dass die Emissionsreduktionsziele der EU nicht mit dem Verbrauch von Gas erreicht werden können. Erdgasspeicherung in Form von Flüssigerdgas könne lediglich als eine Brückentechnologie verwendet werden, um letztendlich eine nachhaltige Energieversorgung in Europa zu erreichen.

Flüssigerdgas hat ein wesentlich kleineres Volumen als Erdgas in Gasform und eignet sich daher besser für Transport und Speicherung. Jedoch verliert das Erdgas

während des Verflüssigungsprozesses bis zu einem Viertel seines Energieinhalts.

Anfang 2016 wird die EU-Kommission ein Gesetzespaket zu Gas und eine neue Strategie zu Flüssigerdgas vorstellen. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/lng-coalitionsaving
- ▶ www.kurzlink.de/lng-eurogas
- ▶ www.kurzlink.de/lng-caneurope

Öffentliche Beschaffung

Handbuch veröffentlicht

■ Die EU-Kommission hat ein „Handbuch über die Einbindung von nachhaltiger öffentlicher Beschaffung in die Aktionspläne für nachhaltige Energie“ veröffentlicht. In der Klimaschutzarbeit spielt die umweltfreundliche Beschaffung zunehmend eine wichtige Rolle. Das kostenlose Buch, das derzeit in sechs Sprachen verfügbar ist, soll vor allem Kommunen unterstützen, die im Rahmen des Bürgermeisterkonvents ihren Aktionsplan für nachhaltige Energie (SEAP) ausarbeiten. Außerdem führt es Städte- und Gemeindeverwaltungen durch die Entwicklung der einzelnen Phasen. Zusätzlich enthält das Buch Informationen für eine erfolgreiche Integration in die Kommunalplanung sowie Tipps, Handlungsempfehlungen und Best-Practice-Beispiele. [pw]

- ▶ www.ec.europa.eu/environment/gpp/pdf/handbook_de.pdf
- ▶ www.gpp-proca.eu/de/gpp-award/

Energieeffizienz

Lücke auf dem Weg zum Ziel

■ Deutschland wird sein Ziel, bis 2020 20 Prozent Primärenergie gegenüber dem Trend einzusparen, mit den bisher umgesetzten Maßnahmen verfehlen. Das hat die Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF) ausgerechnet und eine bessere Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (Nape) gefordert. In seinem „Nape-Meter“ zeigt der Branchenverband auf, dass bislang nicht einmal die Hälfte der im Nape anvisierten Maßnahmen angegangen wird. So ist beispielsweise die steuerliche Förderung der Sanierung von Wohngebäuden noch nicht umgesetzt. Außerdem kritisieren die Effizienzunternehmen die Novellierung der Kraft-Wärme-Kopplung. Diese führe nicht zu einer stärkeren Anwendung der Technik und damit nicht zu den erhofften Energieeinsparungen.

Selbst wenn der Nape vollständig umgesetzt wird, errechnet die DENEFF immer noch eine Lücke von 880 Petajoule oder sechs Prozentpunkten zum Energieeffi-

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Selbstwahrnehmung

Heute schon die Welt gerettet? Während junge Menschen diese Frage vor-schnell bejahen, sind ältere selbstkritischer: Junge über- und ältere unterschätzen ihr eigenes Verhalten in Bezug auf die Umweltfolgen. Um die gegenwärtige Entwicklung von steigendem Umweltbewusstsein bei zugleich wachsendem Ressourcenverbrauch zu stoppen, geht es also vor allem darum, die Selbstwahrnehmung neu auszurichten.

A. Entzian
Denn sie tun nicht, was sie wissen
 Eine Studie zu ökologischem Bewusstsein und Handeln
 254 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-485-2

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



ziensziel von 20 Prozent. Hier müsste die Bundesregierung kräftig nachlegen, sagte der Vorstandsvorsitzende der DENEFF Carsten Müller. [am]

► www.deneff.org,

Fracking

Offener Brief an Parteien

■ Über 30 Organisationen aus Kirche, Gewerkschaften, Umweltschutz, Entwicklungspolitik sowie Getränke- und Lebensmittelherstellung fordern ein Frackingverbot. Gemeinsam haben sie Ende September einen offenen Brief an die Fraktionsspitzen von CDU und SPD verfasst.

Aus Sicht der unterzeichnenden Organisationen widerspricht das von der Bundesregierung geplante Frackinggesetz den Zielen der Energiewende und des Klimaschutzes. Die stark umstrittene Frackingmethode zur Förderung von Erdgas und die Verpressung von Lagerstättenwasser könne zur Verunreinigung von Boden, Trink- und Grundwasser führen. Fracking verbrauche außerdem viel Wasser und Flächen.

Vor der Sommerpause lagen die Verhandlungen zum Frackinggesetz auf Eis, nun sollen sie wiederaufgenommen werden. Neben dem DNR zeichneten den Brief einige Mitgliedsverbände sowie Gewerkschaften, Kirchen und weitere Organisationen. [lr]

► www.dnr.de/downloads/2015-09-22_brief_fracking-verbieten-klima-schu.pdf

Kohlekraft

Abschalten oder Ziel verfehlt

■ In einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie wurde berechnet, wie viele Braunkohlekraftwerke die Bundesregierung abschalten muss, um das Klimaziel bis 2020 zu erreichen. Unter der Europa-2020-Strategie verpflichtete sich die Bundesregierung dazu, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Dazu bleiben also nur noch fünf Jahre. Die Studie kam zu

dem Schluss, dass zusätzlich zu den von der Bundesregierung 8 geplanten 19 weitere der extrem schädlichen Braunkohlekraftwerksblöcke abgestellt werden müssten.

Im Oktober bekundete Greenpeace Schweden außerdem Interesse, die Braunkohlesparte von Vattenfall zu kaufen. Was viele als PR-Gag abtaten, scheint Greenpeace ernst zu meinen. Durch den Kauf könne man einen kontrollierten Ausstieg aus der Braunkohle voranbringen und die Eröffnung neuer Tagebaue verhindern. [lr]

- www.kurzlink.de/studie-braunkohle
- www.klimaretter.info/protest/hintergrund/19774-qdas-ist-kein-pr-gagq

Atomkraftwerke

Geld für Rückbau sichern

■ Die Bundesregierung will sicherstellen, dass die großen Energiekonzerne sich nicht aus der Verantwortung für den anstehenden, teuren Rückbau ihrer Atomkraftwerke ziehen können. Mitte Oktober hat sie deshalb ein Gesetz beschlossen, das Lücken in der Haftung schließen soll. Frei nach dem Motto „Eltern haften für ihre Kinder“ sollen sich Energiekonzerne nicht durch die Ausgliederung des – bald unrentablen – Atomgeschäfts aus der Verantwortung für die Folgekosten der Atomkraft ziehen können. Außerdem berief die Bundesregierung eine Expertenkommission ein, die weitere Vorschläge erarbeiten soll, um sicherzustellen, „dass die Unternehmen auch langfristig wirtschaftlich in der Lage sind, ihre Verpflichtungen aus dem Atombereich zu erfüllen.“

Leiten sollen die Kommission die Politiker Jürgen Trittin (Grüne), Ole von Beust (CDU) und Matthias Platzeck (SPD). Jürgen Trittin hatte sich in der Vergangenheit für die Überführung der Rückstellungen in einen öffentlichen Fonds ausgesprochen. Die Energiekonzerne sind gegen eine solche Lösung.

Einem Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein zufolge haben die deutschen Atomkonzerne derzeit genug Geld für den Rückbau ihrer AKWs. Bei aktuellen Preisen würden sich die Kosten auf 47,5 Milliarden Euro belau-

fen. Derzeit hätten die Konzerne Rücklagen von 38,3 Milliarden Euro. Das vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Gutachten sollte die Atomkonzerne einem Stresstest unterziehen. In einem „Worst Case“-Szenario des Gutachtens würden die Kosten für den Rückbau auf 77,4 Milliarden Euro steigen. Die Gutachter betonten, dass die Konzerne in jedem Fall fähig sind, die Kosten zu tragen, da sich ihr Gesamtvermögen auf über 80 Milliarden Euro beläuft.

Die Anti-Atom-Organisation Ausgestrahlt kritisierte das Gutachten als falsche Entwarnung. Es sei unklar, ob die Konzerne noch über die genannten Rücklagen und Vermögen verfügen, wenn die Kosten für den Rückbau auftreten. Außerdem bemängelten die Aktivisten, dass die Zahlen zu den geschätzten Rückbaukosten von den Atomkonzernen und ihren Tochtergesellschaften selbst stammen. [am]

- www.kurzlink.de/akwrueck-bmwi2015
- Gutachten: www.kurzlink.de/stress-akw-rueck1015
- www.ausgestrahlt.de (Presse – 11.10.2015)

Endlagersuche

Nur für stark strahlenden Müll

■ Die Endlagerkommission plant bis Juni 2016 einen abschließenden Bericht über die Zukunft des deutschen Atommülls. Das gab der Bundestag im Oktober bekannt. Damit will die Kommission vermeiden, dass während des Wahlkampfs die Diskussionen in der Kommission schwieriger werden.

In dem Bericht will sie sich vor allem mit Kriterien für die Suche nach einem Endlager für stark strahlenden Atommüll befassen. Die Standortsuche für die Lagerung von schwach und mittel radioaktivem Müll aus der Asse und Schacht Konrad solle in einem anderen Gremium vorangetrieben werden. Grund für den Ausschluss des schwach strahlenden Mülls sind Unklarheiten über die Beschaffenheit der Überreste aus der Asse sowie Zeitdruck. [am]

► www.kurzlink.de/endlagersuche2016

KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

Wiederverwertung

Hohe Papierrecyclingquote

■ Beim Papieratlas-Städteettbewerb der Initiative Pro-Recyclingpapier (IPR) ist Gütersloh als „recyclingpapierfreundlichste Stadt“ in Deutschland ausgezeichnet worden. In Verwaltung und Schulen setzt die Stadt nur noch Papier mit dem Blauen-Engel-Siegel ein. Dieses ist umweltfreundlicher hergestellt und erfüllt hohe Qualitätsstandards. Der Städteettbewerb fand dieses Jahr bereits zum achten Mal statt. Kooperationspartner sind das Bundesumweltministerium, der Deutsche Städtetag, das Umweltbundesamt sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Außerdem wurde unter anderem Norderstedt als Aufsteiger des Jahres geehrt, sowie weitere Städte, die ihre Leistungen der Vorjahre beim Einsatz von Recyclingpapier dieses Jahr wiederholten. Im Papieratlas 2015 haben sich 93 Städte zu ihrem Papierverbrauch geäußert. Die Verwendung von Recyclingpapier lag durchschnittlich bei 84 Prozent. Das ist eine Steigerung um zwei Prozent und neuer Rekord. [akm]

► www.papieratlas.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarpolitik

Artenvielfalt auf dem Acker

■ Laut der EU-Kommission kann die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum von 2014–2020 der EU dabei helfen, die Ziele der Biodiversitätsstrategie bis 2020 zu erreichen. Bis dahin sollen der Verlust der biologischen Vielfalt gestoppt und Ökosysteme wiederhergestellt werden.

Dem Halbzeitbericht der Strategie zufolge, der im Oktober veröffentlicht wurde, sind größere Anstrengungen nötig, um die

Biodiversitätsstrategie erfolgreich umzusetzen. In dem Bericht heißt es, es habe bisher keine nennenswerten Fortschritte in landwirtschaftlichen Lebensräumen gegeben. Weiterhin habe der Artenschutz im Zusammenhang mit der Landwirtschaft in der EU an Wichtigkeit verloren.

Nach Angaben des EU-Informationsdienstes EurActiv sagte Daniel Rosario, Sprecher für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der EU-Kommission, die GAP stelle eine Vielzahl von Instrumenten bereit, um in der EU für eine nachhaltigere Landwirtschaft zu sorgen. Eines davon sei das Green Direct Payment. Dieses Geld soll zur Förderung von Kulturpflanzenvielfalt und Dauergrünland genutzt werden. Zudem seien im aktuellen Haushaltsplan mehr als 100 Milliarden Euro für Umweltmaßnahmen reserviert. [akm]

- Halbzeitbewertung der Biodiversitätsstrategie: www.ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/comm2006/2020.htm
- www.euractiv.com/sections/agrculture-food/new-cap-must-face-biodiversity-challenge-318274

EU-Ökoverordnung

Verbrauchervertrauen zurückgewinnen

■ Strengere Kontrollen in der Lieferkette und höhere Anforderungen für die Vergabe des Ökolabels – das sind die Hauptergebnisse der Abstimmung über die EU-Ökoverordnung im Agrarausschuss des EU-Parlaments Mitte Oktober in Brüssel.

Die Abgeordneten plädierten auch für Maßnahmen, mit denen Verunreinigungen von Ökolebensmitteln vermieden werden sollen, und für die Förderung von bäuerlichen Betrieben für die Umstellung auf Ökolandbau. „Wir haben heute wesentliche Verbesserungen gegenüber der Kommissionsvorlage durchsetzen können“, sagte der agrarpolitische Sprecher der Grünen/EFA und zuständige Berichterstatter des Parlaments Martin Häusling. Nun gebe es eine gute Basis für die Trilogverhandlungen. (umwelt aktuell 08./09.2015, S. 16)

Der Agrarausschuss habe bekräftigt, dass etwa die von der Kommission vorgeschlagenen Sondergrenzwerte für Bioprodukte den Ökolandbau nicht weiterbringen. Aufgaben wie die Sammlung von Daten zu Saatgutverfügbarkeit oder die Koordination von Betrugsfällen sowie eine bessere Kontrolle der Importe aus Drittländern sollen in Zukunft auf EU-Ebene besser koordiniert werden. Nach dem Votum des Agrarausschusses ist nun auch klar definiert, dass der Ökolandbau eigene Standards bei Saatgut und in der Tierzucht braucht.

Häusling bedauerte, dass die Einführung regionaler Standards für Importprodukte gegenüber der von der Kommission geforderten Konformität mit EU-Recht nicht durchgesetzt werden konnte. Allerdings werde es hier Ausnahmeregelungen geben. [mbu]

- EU-Agrarausschuss zur Ökoverordnung: www.kurzlink.de/euparl-oeko-vo10.15
- www.martin.haeusling.eu

Ackergifte

Pestizide schaden Artenvielfalt

■ Der Greenpeace-Report „Europas Abhängigkeit von Pestiziden“ zeigt die „lasche Haltung der EU im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln“, teilte die Umweltschutzorganisation im Oktober mit. „Die Folgen sind gravierend: Fast ein Viertel aller gefährdeten Tier- und Pflanzenarten sind durch aus Land- und Forstwirtschaft stammende Schadstoffe, darunter Pestizide und Düngemittel, bedroht.“ Greenpeace fordert eine Abkehr von chemischen Pestiziden und transparente Zulassungsverfahren.

Beim Zulassungsverfahren für Pestizide durch die EU werde immer nur der einzelne Wirkstoff bewertet, kritisiert Greenpeace. Die dann im Handel erhältlichen, fertigen Pestizidprodukte enthalten aber in der Regel weitere Zusatzstoffe wie Lösungsmittel, Tenside und Emulgatoren, die zum Beispiel dafür sorgen, dass der Wirkstoff besser in die Pflanzen eindringen kann. Die Toxizität solcher Chemie-Mischungen könne bis zu 1.000 Mal höher ausfallen als

bei dem einzelnen Wirkstoff alleine. Auch Effekte von Pestizidgemischen, sogenannte Cocktails, werden immer noch nicht routinemäßig berücksichtigt.

Greenpeace kritisiert auch „schwierige Interessenkonflikte im Bewertungsverfahren. Die standardisierten Untersuchungen würden nicht von unabhängigen Forscherteams durchgeführt, sondern von den Antragstellern selbst. Auch in der aktuellen Debatte rund um die Neuzulassung des umstrittenen, von der Internationalen Agentur für Krebsforschung IARC als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuftes Herbizids Glyphosat stütze sich ein Teil der Bewertung auf nicht öffentlich zugängliche Industriestudien.

Ein weiterer Kritikpunkt der Greenpeace-Studie: der erschreckende Rückgang der Insektenpopulationen. Dabei seien 70 Prozent der 124 wichtigsten Nutzpflanzen in der Nahrungsmittelproduktion von der Bestäubung durch Insekten abhängig, darunter Apfel und Raps. Schuld daran sind unter anderem Pestizide, denn sie bekämpfen nicht nur Schädlinge, sondern schaden auch wichtigen Bestäubern wie Bienen und Schmetterlingen.

[Red., Quelle: EU-Umweltbüro]

- www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/neu/content?contentart=eunews&id=5305
- Greenpeace-Studie: www.kurzlink.de/pestizide-agrar2015

Ernährungssicherheit

Terra Madre-Kongress für nachhaltig erzeugtes Essen

■ Das Jugendnetzwerk von Slow Food hat im Oktober auf der Expo in Mailand ein Manifest für eine bessere Lebensmittelwirtschaft weltweit veröffentlicht. Darin fordern die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner ein gerechteres und zukunftsfähiges Nahrungsmittelsystem.

Damit sollen etwa Mangelernährung und Lebensmittelverschwendung bekämpft werden. Der Terra Madre-Kongress, den die Slow-Food-Jugend organisierte, wendet

sich gegen die Weltausstellung Expo, die den Schwerpunkt Ernährung hat.

Die Abgeordneten des EU-Parlaments hatten im Frühjahr die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, die diesjährige Weltausstellung zu nutzen, um sich mehr für die globale Ernährungssicherung einzusetzen. Die Expo dauert bis 31. Oktober. Die Parlamentarier plädierten dafür, Methoden nachhaltiger Landwirtschaft zu fördern, für mehr Gerechtigkeit in der Lieferkette zu sorgen und Lebensmittelverschwendung sowie Mangelernährung zu bekämpfen.

Prognosen zufolge wird der weltweite Nahrungsbedarf aufgrund des Bevölkerungswachstums bis 2050 um 70 Prozent steigen. Aber auf der Expo würden die Probleme des globalen Lebensmittelsystems außen vor gelassen, kritisierte die Vorsitzende von Slow Food Deutschland Ursula Hudson. Um die Welternährung in Zukunft zu sichern, müsse ein Ernährungssystem geschaffen werden, das gute und faire Lebensmittel für alle bereitstelle. [mbu]

- Manifest der Slow-Food-Jugend: www.feedingtheplanet.atavist.com/foodcrisis#chapter-263622

Umweltschutz in der Landwirtschaft

Artenrückgang durch Ackergifte und Überdüngung

■ 50 Prozent der Agrarflächen in Deutschland überschreiten die Grenzwerte für Stickstoff (N), die mit der Gülle auf die Felder gebracht werden. In Form von Ammoniak (NH₃) belastet Stickstoff auch die Luft zu stark. Das ergab eine Studie des Umweltbundesamtes (UBA), in der untersucht wurde, wie sich die landwirtschaftlich bedingten Umweltbelastungen in den vergangenen 30 Jahren verändert haben.

Darin vergleichen die Autorinnen und Autoren den Istzustand mit einem Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) aus dem Jahr 1985. Der Umweltschutz in der Landwirtschaft sei in diesen drei Jahrzehnten deutlich zu langsam vorangekommen, so das Fazit der

UBA-Studie. Zwar habe sich der Zustand des Grundwassers verbessert, was auf die strengen Zulassungsvorschriften für Pestizide in Deutschland und der EU zurückzuführen ist. Aber zu den alten Problemen seien neue hinzugekommen, etwa durch Plastik oder Mikroplastik, die auf Äckern gefunden wurden, sagte Maria Krautzberger, Präsidentin des UBA.

Am gravierendsten finden die Experten den Artenverlust. So sagte Wolfgang Haber, vor 30 Jahren SRU-Vorsitzender: „Besonders beklagenswert ist, dass die angestrebte Trendwende beim Artenschutz verfehlt wurde. Arten und ihre Biotope sind in unseren Agrarlandschaften nach wie vor im Rückgang. Auf diese Weise geht ein bedeutender Teil unseres Artenreichtums verloren und ist nur schwer wieder zu ersetzen.“

Der SRU kritisiert, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) zu lasch mit dem Gülleproblem umgehe. Aus dem BMEL hieß es, dass derzeit die Düngemittelverordnung novelliert werde, damit die Vorgaben der EU-Nitratrichtlinie eingehalten werden. Mit der Nitratrichtlinie soll die Verschmutzung des Grund- und Oberflächenwassers durch Nitrate aus landwirtschaftlicher Düngung verhindert werden. [mbu]

- UBA-Studie: www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltprobleme-der-landwirtschaft-30-jahre-sru

Geistiges Eigentum

Säugetierpatente gelten weiter

■ Das Europäische Patentamt (EPA) gestattet der US-Firma Intrexon weiterhin ihre Patente auf gentechnisch veränderte Schimpansen und andere Säugetiere. Die Tiere werden als Versuchstiere in der Pharmaforschung eingesetzt.

Der Verein Testbiotech will gegen die Entscheidung des EPA Beschwerde einlegen. Zuvor hatte Testbiotech gemeinsam mit anderen Organisationen, darunter die DNR-Mitglieder Deutscher Tierschutzbund und Pro Wildlife, aus ethischen Gründen Einspruch gegen die Patente erhoben. Diese stellten einen kommerziellen

Anreiz für die Durchführung von Tierversuchen dar, hieß es zur Begründung.

Testbiotech appellierte an die Politik, gegen die „ethisch inakzeptablen“ Patente auf genmodifizierte Schimpansen, Katzen, Hunde, Rinder, Ziegen, Schweine, Pferde, Schafe, Mäuse, Ratten und Kaninchen einzuschreiten. Die Möglichkeit einzugreifen, haben etwa die Mitgliedsländer des Europäischen Patentamtes, die die Aufsicht über die Behörde haben. [mbu]

- Testbiotech über Patente auf Säugetiere: www.testbiotech.org/node/1352

Gentechnikgenehmigung

Kein Flickenteppich in der EU

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat im Oktober einen Vorschlag der EU-Kommission zur Zulassung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln und verändertem Futter abgelehnt. Die Kommission hatte vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf ihrem Territorium zu verbieten, auch auf den Import von Futterpflanzen ausdehnen können.

Das ist unter den Europaabgeordneten umstritten. Die Grünen kritisieren den Vorschlag der Kommission grundlegend. Der Genehmigungsprozess für gentechnisch veränderte Pflanzen müsse „dringend reformiert“ werden, monierte der Agrarpolitiker Martin Häusling. Vor allem die derzeit angewandte Risikobewertung gilt als verbesserungswürdig. Der EU-Lebensmittelbehörde EFSA wird vorgeworfen, bei ihren Analysen zu industriefreundlich zu sein. „EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat bei seinem Amtsantritt eine Reform versprochen“, sagte Häusling. Der vorliegende Kommissionsentwurf zu den Futtermitteln ist aus Sicht der Grünen davon weit entfernt.

Ende Oktober steht das Thema auf der Tagesordnung des Parlamentsplenums. [mbu]

- Umweltausschuss des EU-Parlaments zu Gen-Futtermitteln: www.kurzlink.de/euparl-genfutter2015

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Weltnaturerbe

Ein Drittel bedroht

■ Dem im Oktober veröffentlichten Bericht Safeguarding Outstanding Natural Value des WWF zufolge ist fast ein Drittel der Weltnaturerbegebiete durch Öl- und Gasförderung oder Bergbau bedroht. 61 Prozent der gefährdeten Gebiete liegen in Afrika.

Das Weltnaturerbe umfasst Orte von herausragendem ökologischem Wert wie den Grand Canyon, das Great Barrier Reef oder die Selous Game Reserve, ein Wildschutzgebiet in Tansania. Laut Bericht sind die Stätten des Weltnaturerbes und die Gemeinschaften, deren Lebensgrundlage diese Gebiete ausmachen, einem steigenden Risiko der Ausbeutung und irreparablen Zerstörung durch den Ressourcenabbau ausgesetzt.

Der WWF fordert Investoren deshalb auf, keine Unternehmen zu finanzieren, die Bodenschätze nahe der Weltnaturerbebeständen extrahieren (Divestment). Er fordert eine nachhaltige Entwicklung der Gebiete, um die natürlichen Ressourcen und die lokalen Gemeinschaften zu schützen. [ej]

- www.kurzlink.de/wwf0110

EU-Waldstrategie

Nachhaltigkeit bis 2020

■ Der EU-Landwirtschaftskommissar Phil Hogan hat im Oktober dem Landwirtschaftsausschuss des EU-Parlaments einen Plan für die Umsetzung der Waldstrategie vorgelegt.

Die EU-Waldstrategie von 2013 soll die nachhaltige Bewirtschaftung der EU-Wälder sichern. Hogans Plan zielt auf eine Umsetzung bis 2020 ab. Er geht auf neue Entwicklungen ein und orientiert sich an den acht Prioritäten der Waldstrategie. Er betonte die Bedeutung der Forstwirtschaft sowohl zur Erhaltung der Nachhaltigkeit als auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie spiele eine wichtige Rolle im Übergang zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft.

Bis 2020 sollen über ländliche Entwicklungsprogramme der EU-Mitgliedstaaten etwa 7,2 Milliarden Euro in die Forstwirtschaft investiert werden. [pw]

- www.kurzlink.de/hogan-agrar-forst20

Bodenschutz I

Mehr Ambitionen gefordert

■ Anlässlich des ersten Treffens der Soil Expert Group der EU-Kommission im Oktober forderte ein Zusammenschluss aus Verbänden die Europäische Union dazu auf, eine ambitionierte EU-weite Bodenschutzpolitik zu entwickeln.

Der DNR, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände, formulierte gemeinsam mit dem Bundesverband Boden, der European Land and Soil Alliance, dem BUND, dem Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg, den Naturfreunden Deutschlands, dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen, der Aktionsgemeinschaft Artenschutz und dem Bundesverband für Umweltberatung Forderungen zum Bodenschutz.

Nachdem die für das letzte Jahr geplante Bodenrahmenrichtlinie der EU-Kommission scheiterte, ist es an der Zeit für EU-weit verbindliche Gesetze zum Bodenschutz, denn nur wenige EU-Mitgliedstaaten verfügen über nationale Bodenschutzgesetze. Boden ist eine der wichtigsten Ressourcen, die es zu schützen gilt. [lr]

- Forderungen EU-Bodenschutz:

www.eu-koordination.de/PDF/forderungen-eu-bodenschutz-2015.pdf

- Expertengruppe der EU-Kommission: www.kurzlink.de/expgroupe03336

Bodenschutz II

Europa erodiert

■ Durch Regen wird in der EU jährlich so viel lockerer Boden weggeschwemmt, dass dieselbe Menge Erde die gesamte Stadt Berlin um einen Meter auffüllen könnte.

Das zeigt eine Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU vom September.

Erosion durch Wasser ist demnach besonders in Italien, Österreich, Slowenien und im südlichen Spanien ein Problem. Den Grund dafür sehen die ForscherInnen im Fehlen von schützenden Pflanzendecken nach der Aussaat auf landwirtschaftlichen Flächen. Wirtschaftliche Nutzung verstärkte den Prozess der Wassererosion. Die WissenschaftlerInnen empfehlen deshalb Schutzmaßnahmen wie die finanzielle Förderung von Landbewirtschaftungsmethoden, die eine Minimierung der Zeitspannen ohne Bepflanzung zum Ziel haben.

Das Ausmaß der Erosion gebe Anlass zur Sorge, da die durchschnittliche Boden Neubildung nur 1,4 Tonnen pro Jahr betrage, der Bodenverlust durch Abtrag aber bei 2,5 Tonnen liege. Auf europäischer Ebene gibt es bisher keinen vor- und nachsorgenden Schutzmechanismus für Böden. [mk]

► Studie (engl.): www.kurzlink.de/ec0109

Invasive gebietsfremde Arten

Erster Vorschlag für Liste

■ Grauhörnchen, der Amerikanische Flusskrebs und Bärenklau werden auf der EU-Liste invasiver gebietsfremder Arten stehen, deren Verbreitung in Europa eingeschränkt werden soll. Insgesamt soll die Liste 37 Arten umfassen. Das berichtete der Umweltdienst ENDS Europe auf Grundlage eines Listenvorschlags der EU-Kommission im Oktober. Umweltverbände kritisieren, diese Liste sei unvollständig, denn bekannte problematische Arten wie der Japanische Staudenknöterich und der Amerikanische Nerz fehlten. Zudem umfasse sie keine marinen Arten.

Die Liste gebietsfremder invasiver Arten wird als Anhang zu einer dementsprechenden EU-Richtlinie in Kraft treten, bei deren Verabschiedung die Kommission, der Rat und das Parlament beteiligt sind. Laut dem Kommissionsvorschlag von 2013 sollte die Liste 50 Arten beinhalten, dem stimmten die EU-Mitgliedstaaten und das Parlament jedoch nicht zu. Im Dezember soll das EU-

Parlament über den finalen Vorschlag der Kommission abstimmen. [ej]

- www.endseurope.com (6.10.2015)
- Vorschlag der Liste:
www.members.wto.org/crnattachments/2015/SPS/EEC/15_2887_01_e.pdf

Finkenfang

Klage gegen Malta

■ Weil das Land seit 2014 den Finkenfang in seinem Hoheitsgebiet erlaubt, hat die Europäische Kommission Anfang Oktober Malta vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) verklagt.

Bei der Klage geht es um den Beschluss Malts, ab 2014 den Lebendfang von sieben Wildfinkenarten (Buchfink, Bluthänfling, Stieglitz, Grünfink, Kernbeißer, Girlitz und Erlenzeisig) zuzulassen. In der EU sind der Fang und die Haltung von Vogelarten wie Finken allgemein untersagt. Die Mitgliedstaaten können jedoch von der strikten Schutzvorschrift abweichen, wenn es keine andere zufriedenstellende Lösung gibt und wenn sie – in kleinem Maßstab und unter strenger Aufsicht – von der Ausnahmeregelung Gebrauch machen. Da im vorliegenden Fall diese Bedingungen nicht gegeben seien, forderte die Kommission Malta im Oktober 2014 auf, den Lebendfang von Finken zu unterlassen. Trotzdem eröffnete Malta 2014 wie geplant die Saison für den Finkenfang. [Red., Quelle: UWD]

- UWD: www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/neu/content.pl?contentart=eunews&id=5285
- Mitteilung der EU-Kommission:
www.europa.eu/rapid (Search: IP/15/5658)

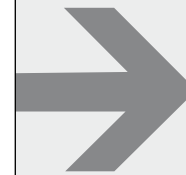
EU-Biodiversitätsstrategie

Europa muss mehr tun

■ Mehr Ehrgeiz ist nötig, um den Verlust der Biodiversität in Europa aufzuhalten. Das geht aus der Anfang Oktober veröffentlichten Halbzeitbewertung der EU-Kommission zur EU-Biodiversitätsstrategie hervor.

Nachhaltigkeit

A-Z



A wie Akteur

Weltweit nehmen Klimaforscher unterschiedliche Rollen ein: Vom distanzierten Ratgeber bis zum handelnden politischen Akteur lässt sich eine große Bandbreite beobachten. Indien ist stark vom Klimawandel betroffen und zugleich eine Region, in der sich Wissenschaftler aktiv bemühen, Lösungen wirksam zu vermitteln. Dieses Buch zeigt, wo dies gelingt und welche Herausforderungen sie dabei überwinden müssen.

O. Powalla
Die Übersetzung der Klimakatastrophe
Partizipative Wissenschaft in Indien
292 Seiten, broschiert, 34,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-764-8

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Laut EU-Kommission zeigen die Ergebnisse, dass die EU-Mitgliedstaaten mehr tun müssten, um die Ziele der Strategie zu erfüllen. Die Fähigkeit der Natur, Luft und Wasser zu reinigen, Kulturpflanzen zu bestäuben und die Auswirkungen von Naturkatastrophen zu begrenzen, sei gefährdet. Eine ebenfalls im Oktober veröffentlichte Umfrage zeigt, dass der Biodiversitätsverlusts die europäischen BürgerInnen besorgt.

„Es gibt keinen Grund zur Selbstzufriedenheit – der Verlust an biologischer Vielfalt ist gleichbedeutend mit dem Verlust unserer Lebensgrundlagen. Das können weder wir uns leisten noch unsere Wirtschaft“, sagte EU-Umweltkommissar Karmenu Vella. Deshalb fordert die Kommission, das Naturschutzrecht der EU in den Mitgliedstaaten besser umzusetzen, denn mehr als drei Viertel der wichtigen natürlichen Lebensräume in der EU befänden sich zurzeit in einem ungünstigen Zustand und viele Arten seien vom Aussterben bedroht. Dazu könne die reformierte Gemeinsame Agrarpolitik genutzt werden (siehe S. 16).

Auch der Naturschutzbund Deutschland (NABU) wertet den Zwischenbericht als Mahnung, dass die EU-Naturschutzrichtlinien zügiger umgesetzt werden müssen. Dazu fordert er ein Umlenken in der Agrarpolitik, den Abbau umweltschädlicher Subventionen und vor dem Hintergrund des derzeitigen „Fitness-Checks“ der Naturschutzrichtlinien eine Umsetzungsoffensive und bessere Finanzierung für den Schutz und die Pflege der Natura-2000-Gebiete. „Der Bericht zeigt, dass die EU sich darauf konzentrieren muss, ihre kaputte Agrarpolitik zu reparieren und die bestehende Umweltgesetzgebung umzusetzen, anstatt die einzigen Gesetze, die tatsächlich zur Biodiversitätsstrategie beitragen, abzuändern“, sagte Ariel Brunner von BirdLife Europe.

Mit der Biodiversitätsstrategie will die EU bis 2020 den Verlust der biologischen Vielfalt und die Verschlechterung der Ökosystemdienstleistungen aufhalten und geschädigte Natur wiederherstellen. Unter anderem soll dies durch die vollständige Umsetzung der EU-Naturschutzrichtlinien – der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und EU-Vogelschutzrichtlinie – geschehen. [ej]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Search: IP/15/5746)
- ▶ Umfrage: www.kurzlink.de/ecreport2015/436
- ▶ www.nabu.de/news/2015/10/19577.html
- ▶ www.kurzlink.de/bl0210

Deutsche Biodiversitätsstrategie

Naturschutzoffensive nötig

■ Die Bundesregierung kann ihre Ziele zum Schutz der biologischen Vielfalt in Deutschland bis 2020 nur noch durch massives Umsteuern erreichen. Das mahnen der BUND, DNR, die DUH, der NABU und der WWF an und fordern ein konsequentes Handeln der gesamten Bundesregierung. Bund und Länder müssten endlich dafür sorgen, dass die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt mit Leben gefüllt und umgesetzt werde. [ej]

- ▶ www.dnr.de/presse/presseinformation-14102015

UN-Dekade Biologische Vielfalt

Schmetterlingsschutz

■ Das Projekt „Abenteuer Faltertage“ des BUND ist Ende September als offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet worden. In dem Projekt ruft der BUND jährlich zur bundesweiten Schmetterlingszählung auf und sammelt Daten zum Bestand bestimmter Schmetterlingsarten.

Die JurorInnen des UN-Dekade-Wettbewerbs haben das Projekt ausgezeichnet, weil es sich in nachahmenswerter Weise für den Erhalt bedrohter Arten einsetzt. Zwei Drittel aller Tagfalter- und die Hälfte der Nachtfalterarten in Deutschland stehen auf der Roten Liste der gefährdeten Arten. Die Ursache dafür ist vor allem die Agrarwirtschaft, die mit Monokulturen, Pestizideinsatz und Trockenlegungen den Lebensraum und die Nahrungspflanzen für Schmetterlinge vernichtet. [ej]

- ▶ Mitteilung BUND: www.kurzlink.de/bund2909
- ▶ UN-Dekade Biologische Vielfalt: www.undekade-biologischevielfalt.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Legehennen

Aus für Kleingruppenhaltung in zehn Jahren

■ Im Oktober haben sich Bund und Länder gegen die tierschutzwidrige Käfighaltung von Legehennen entschieden. Auf der Agrarministerkonferenz in Fulda forderten die Länder das Verbot der Kleingruppenhaltung von Legehennen bis 2023, die Bundesregierung setzte jedoch auf einen Ausstieg bis 2035. Schließlich wurde ein Kompromiss bis 2025 ausgehandelt. Momentan sind etwa fünf Millionen Tiere in Kleingruppenhaltung zusammengepfercht. Die Tierschutzorganisation Vier Pfoten lobt zwar die Entscheidung, findet jedoch weitere zehn Jahre zu lang. Hätte die Bundesregierung ihre Blockadehaltung eher beendet, so wäre ein früherer Ausstieg möglich gewesen.

Auch der Deutsche Tierschutzbund zeigte sich enttäuscht: „Wir wollten einen sofortigen Stopp der tierquälerischen Haltung in Kleingruppenkäfigen“, sagte Thomas Schröder, Präsident des Verbandes. Allerdings sei jetzt auch klar, dass die Käfighaltung in Deutschland keine Zukunft habe. Die Verbraucher hätten sich seit Einführung der Eierkennzeichnung bereits klar dagegen positioniert – Frischeier aus Käfighaltung seien aus den Geschäften verschwunden. [mbu, pw]

- ▶ www.vier-pfoten.de
- ▶ www.tierschutzbund.de

Nutztierhaltung

Abschaffung der Küken-Schlachtung

■ Der Bundesrat hat Ende September einem Antrag Nordrhein-Westfalens zur gesetzlich geregelten Abschaffung der Mastentötung männlicher Küken mehrheitlich zugestimmt. Jährlich werden in Deutsch-

land mehrere Millionen frisch geschlüpfter Tiere getötet. Da sie sich weder zur Mast eignen noch Eier legen, werden sie entweder geschreddert oder mit Kohlenstoffdioxid vergast. Der Gesetzesentwurf sieht vor, ab 2017 die Massentötung ohne vernünftigen Grund aus ökonomischen Aspekten zu verbieten. Der Tierschutzbund spricht sich schon lange gegen das Schlachten aus, jedoch ist das Bundesagrarministerium aus wirtschaftlichen Gründen gegen das komplette Verbot. [pw]

- ▶ www.meine-landwirtschaft.de/aktuell/nachrichten/news/de/31200.html
- ▶ www.tierschutzbund.de

Wildtierhandel

Feuersalamander in Gefahr

■ Seit 2012 wütet ein aggressiver Hautpilz unter den Salamandern in Holland und Belgien und hat binnen kürzester

Zeit ganze freilebende Feuersalamanderpopulationen ausgerottet. Der Pilz wird vor allem über den Heimtierhandel aus Südostasien eingeschleppt. Nun haben Forscher des Zoologischen Institutes der TU Braunschweig erstmalig das Vorkommen des tödlichen Salamanderpilzes bei in Deutschland privat gehaltenen Amphibien nachgewiesen.

„Diese Studie belegt, welche Gefahren der Handel und die Haltung von Wildtieren in sich bergen. Und sie zeigt, dass heimische Wildbestände hierdurch real bedroht sind. Seit Jahren fordern Tier- und Artenschutzorganisationen auch mit Blick auf diese Gefahren, den kommerziellen Import von Wildfängen und den Handel mit Wildtieren auf gewerblichen Börsen konsequent zu unterbinden. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) unterstützt diese Forderung nachdrücklich“, sagte die Vizepräsidentin des DNR Undine Kurth.

- ▶ www.dnr.de/presse/presseinformation-08102015

Nachhaltige Entwicklung

Neue UN-Ziele bis 2030

■ Die Vereinten Nationen haben auf der UN-Vollversammlung in New York Ende September 17 neue Ziele für nachhaltige Entwicklung beschlossen. Diese lösen die sogenannten Millenniumentwicklungsziele ab, die für die vergangenen 15 Jahre galten. Die neuen Vorgaben legen einen größeren Schwerpunkt auf Umweltpolitik.

Zuvor hatten sich UN-Diplomaten und internationale Experten bereits auf den Aktionsplan mit dem Leitsatz „Unsere Welt verändern — Programm für nachhaltige Entwicklung bis 2030“ geeinigt. Inhalt dieses Plans sind auch die neuen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung. Der Aktionsplan sieht auch eine stärkere Verantwortlichkeit der UN-Mitgliedstaaten vor.

»Eindeutig die beste und glänzendste Geschichte des deutschen Ergrünnens« *Joachim Radkau, Universität Bielefeld*

Frank Uekötter

Deutschland in Grün

Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte

2015. 294 Seiten, mit 16 Abb., gebunden

€ 29,99 D / ISBN 978-3-525-30057-2

eBook: € 23,99 D / ISBN 978-3-647-30057-3

Atomausstieg, erneuerbare Energie, mitgliederstarke Umweltverbände – die ökologischen Errungenschaften der Bundesrepublik sind international anerkannt. Weniger bekannt ist der gewundene Weg zum grünen Musterland.

V&R Academic
Verlagsguppe Vandenhoeck & Ruprecht | V&R unipress

www.v-r.de



Auf der Agenda stehen der Kampf gegen den Klimawandel und dessen Auswirkungen, nachhaltiges Wassermanagement und Industrialisierung sowie die umweltfreundliche Nutzung von maritimen Rohstoffen und ländlichen Ökosystemen sowie die Förderung von Biodiversität. Die neuen Ziele haben sowohl Industrieverbände als auch zivilgesellschaftliche Organisationen positiv aufgenommen.

„Die Welt ist um 17 Ziele und 169 Unterziele reicher. Aber mit ihrer Umsetzung kommt jetzt der Realitätscheck. Die SDGs können eine Bedienungsanleitung für eine bessere Welt werden oder eine Zeitverschwendung, die lediglich Ressourcen bindet. Eins ist klar, die Bundesregierung muss nun einen umfassenden Umsetzungsplan erarbeiten, der unsere Wirtschaftsweise grundlegend hinterfragt. Eine Beschränkung auf bestehende Strategien – wie die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie – reicht da bei Weitem nicht aus“, sagte Marie-Luise Abshagen vom Forum Umwelt und Entwicklung.

Die neuen Vereinbarungen sollen ab dem 1. Januar 2016 gelten. Zwar wird die Einhaltung der Ziele überwacht, doch die Umsetzung der Ziele und die Ausgestaltung der Maßnahmen sind freiwillig. [ab, bv]

- ▶ www.un.org/sustainabledevelopment
- ▶ Forum Umwelt & Entwicklung:
www.kurzlink.de/forumue-pm-sdgs

Kommissionsarbeitsprogramm 2016

EU-Parlament drängt auf Umweltschutz

■ Die demokratischen Prinzipien sowie Sozial- und Umweltstandards dürfen im Arbeitsprogramm der Kommission für 2016 nicht vernachlässigt werden. Das forderten die EuropaparlamentarierInnen in einer Entschließung, die das EU-Parlament im September mit einer großen Mehrheit angenommen hat.

Darin heißt es auch, das Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) dürfe nicht als Vorwand dafür dienen, Sozial- und Umweltstandards zu deregulieren oder zu senken. Die Abgeordneten forderten die Kommission zudem auf, ihr Initiativrecht auszuschöpfen und in der EU eine Führungsrolle zu übernehmen, und zwar in Bereichen wie dem Klimawandel, der Energieunabhängigkeit, der Ressourceneffizienz, dem Übergang zu einer digitalen Gesellschaft sowie hinsichtlich der Rolle der EU im weltweiten Wettbewerb. Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission solle unter Achtung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eine klare politische Vision enthalten, um die nötigen Herausforderungen anzugehen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/pm-ep-2015-09-17

„Bessere“ Rechtsetzung

Bundesrat für Umweltbelange

■ Der Bundesrat hat Ende September seine Stellungnahme zur EU-Agenda für eine bessere Rechtsetzung beschlossen und direkt an die EU-Kommission übermittelt. Darin heißt es, die EU-Kommission müsse die sozialen, ökologischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen gleichermaßen berücksichtigen und nicht vorrangig die Belastungen für Unternehmen.

Dabei sollten auch die langfristigen Auswirkungen einer Nichtregelung oder einer alternativen Regelung betrachtet werden. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sollten bei jeder Gesetzgebungsinitiative im Vordergrund stehen. Außerdem kritisieren die Bundesländer die Folgenabschätzung als zu wirtschaftslastig. Die sozialen Auswirkungen seien künftig stärker zu berücksichtigen.

Neben den Kosten der Regulierung müsse die Kommission auch die Kosten und Auswirkung einer etwaigen Nichtregulierung einbeziehen, insbesondere mit Blick auf den Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz. Der gesamtgesellschaftliche Nutzen könne größer sein als die direkten kurzfristigen Kosten für die Wirtschaft.

Durch die Einführung neuer Mechanismen zur Bürgerbeteiligung und neuer Gremien zur Prüfung und Überwachung dürften keine zusätzlichen bürokratischen

Nachhaltigkeit

A-Z



F wie Faszination

Wir treten sie täglich mit Füßen und können doch keinesfalls ohne sie leben – unsere Böden. Spätestens der Verlust immer weiterer Landschaften an Autobahnen, Siedlungen und Windkraftanlagen zeigt, dass wir unsere Böden endlich besser schätzen und schützen müssen. Ein interdisziplinäres Autorenteam eröffnet neue Blicke auf die faszinierende Welt der Böden und stellt kulturelle, naturwissenschaftliche und künstlerische Ansätze über Böden vor.

G. Wessolek (Hrsg.)

Von ganz unten

Warum wir unsere Böden besser schützen müssen

338 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-771-6

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



Hürden geschaffen werden, die sich kontraproduktiv auf das Ziel der Verschlan-
kung auswirken. Der Bundesrat fordert
die Kommission außerdem dazu auf, das
Subsidiaritätsprinzip stärker zu wahren.
Verstärkte Rechenschaftspflichten über die
nationale und regionale Umsetzung dürfen
nicht zu einer Einmischung in Fragen der
innerstaatlichen Verwaltung führen.

Zudem dürfe der Bürokratieab-
bau durch das REFIT-Programm nicht
„durch die Hintertür“ zu einem Abbau
der Sozialstandards beziehungsweise zu
einer Verhinderung neuer notwendiger
Rechtsetzung in diesem Bereich führen.
Bestehende oder künftige Standards im
Umwelt-, Natur-, Verbraucher-, Gesund-
heits-, Arbeits- und Sozialschutz sowie im
Arbeitsrecht dürften nicht infrage stehen.
Beim REFIT-Programm sowie bei den
Folgenabschätzungen müsste auch geprüft
werden, wie sich Regelungen auf die Gen-
derperspektive auswirken. [bv]

- Bundesrat Drucksache 242/15 (Beschluss):
www.kurzlink.de/bundesrat-242-15

Transparenz I

Konflikt um Posten von Stoiber

■ Die europäische Ombudsfrau Emily
O'Reilly will prüfen, ob die Ernennung
von Edmund Stoiber zum Sonderberater
der Initiative zur „besseren“ Rechtsetzung
der EU-Kommission gegen die Regeln für
Interessenkonflikte verstoßen hat.

Dies behaupten laut der Zeitschrift Poli-
tico der Umweltverband Friends of the Earth
Europe und die lobbykritische Organisati-
on Corporate Europe Observatory. Politico
lägen Dokumente vor, aus denen hervorge-
he, dass die Kommission sich den poten-
ziellen Interessenkonflikten Stoibers bei der
Stellenbesetzung bewusst gewesen sei. Aber
Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker
habe sie als politisches Risiko abgetan.

Der ehemalige bayerische Minister-
präsident und frühere CSU-Vorsitzende
Edmund Stoiber hatte verschiedene Posi-
tionen in verschiedenen Unternehmen wie
Deloitte, ProSiebenSat1 und der Donner &

Reuschel Privatbank inne. Laut der Organi-
sation Lobbycontrol war er 2012 als Vorsit-
zender der High-Level-Gruppe zum Abbau
von Verwaltungslasten, der sogenannten
Stoibergroup, in einen Tabaklobbyskan-
dal verwickelt. Mit dem Mandatsende der
Stoibergroup im Herbst 2014 hatte Ed-
mund Stoiber Vorschläge zum Abbau von
Bürokratie vorgestellt. Vier Mitglieder der
Gruppe äußerten damals schwerwiegende
Kritik an dem Bericht, da er eine veraltete
Deregulierungsagenda unterstütze. Um-
weltverbände warnten vor einem Kahl-
schlag beim Umwelt-, Verbraucher-, Ge-
sundheits- und Arbeitsschutz. [bv]

- Artikel Politico: www.kurzlink.de/Konflikt-Stoiber

Transparenz II

Nebulöse Tabaklobby

■ Die EU-Kommission hat gegen Transpa-
renzbestimmungen der Vereinten Nationen
im Umgang mit der Tabaklobby verstoßen.
So lautet die Antwort der EU-Bürgerbeauf-
tragten Emily O'Reilly auf eine Beschwerde
des Corporate Europe Observatory (CEO).
Die bisherige Herangehensweise der Kom-
mission sei inadäquat, unzuverlässig und
unzufriedenstellend. Einzelne Treffen mit
Anwälten der Tabakindustrie seien nicht als
Lobbytreffen aufgeführt worden.

Die Kommission wies die Vorwürfe zu-
rück. Die Vorschriften würden eingehalten,
wenn Dokumente auf Anfrage eingesehen
werden könnten und Fragen der Europaab-
geordneten beantwortet würden. O'Reilly
ist jedoch der Ansicht, dass die Kommis-
sion aktiv für Transparenz sorgen müsse.
Nur die Generaldirektion Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit (GD Gesundheit)
hielte die Standards ein. Die Bürgerbeauf-
tragte fordert die EU-Kommission dazu
auf, dem Beispiel der GD Gesundheit zu
folgen und alle Treffen und Protokolle von
Treffen mit den Lobbyisten und Anwälten
der Tabakindustrie zu veröffentlichen.

CEO lobte die Entscheidung der Bür-
gerbeauftragten. Die Kommission hat bis
31. Dezember Zeit, um zu erklären, wie sie
O'Reillys Empfehlungen umsetzen will. [akm]

- www.kurzlink.de/CEO-EU-Transparenz
- www.kurzlink.de/ombudsman-Tabacco

Umweltinformation

Leitfaden präsentiert

■ Das Umweltprogramm der Vereinten
Nationen (UNEP) hat einen Leitfaden zur
nationalen Umsetzung des Rio-Grundsatzes
10 zum Zugang zu Informationen, Öff-
fentlichkeitsbeteiligung und Gerichten in
Umweltangelegenheiten herausgebracht.
Er erschien Anfang Oktober in Abu Dhabi.
Grund für die Herausgabe waren Anfragen
mehrerer Staaten, die ihre Umsetzung des
Rio-Grundsatzes 10 verbessern wollten.

In Europa ist die Aarhus-Konventi-
on Grundlage für die Realisierung von
Grundsatz 10. Auf internationaler Ebene
sollen die Bali-Leitlinien von 2010 den
Grundsatz umsetzen. Der nun veröffent-
lichte Leitfaden soll die Bali-Leitlinien
untermauern und den Staaten helfen, po-
tenzielle Lücken in ihrer Gesetzgebung zu
schließen. Das Handbuch umfasst insge-
samt 26 Richtlinien zu Themen wie Um-
weltdaten und Transparenz. Außerdem
beinhaltet es unter anderem Beispiele und
Fallstudien von bewährten Methoden für
nationale Gesetzgebung. [akm]

- www.kurzlink.de/UNEP-Leitfaden
- [www.unep.org/civil-society/Implementation/
Principle10/tabid/105013](http://www.unep.org/civil-society/Implementation/Principle10/tabid/105013)

VERKEHR & TOURISMUS

VW-Skandal

EU will Aufklärung

■ Nach den Abgasmanipulationen des
Fahrzeugherstellers Volkswagen hat die
Europäische Kommission im Oktober So-
fortmaßnahmen gefordert, um die strikte
Einhaltung der EU-Schadstoffemissionsnor-
men sicherzustellen. Mithilfe einer Software
wurden VW-Dieselfahrzeuge in den USA so

manipuliert, dass sie die Umwelttests bestehen konnten. Im Alltagsbetrieb stießen sie aber dann deutlich mehr Schadstoffe aus.

Die Kommission fordert nun alle Mitgliedstaaten auf, vor Ort entsprechende Ermittlungen aufzunehmen und über die Ergebnisse Bericht zu erstatten. Sie will genau wissen, wie viele in der EU zugelassene Fahrzeuge mit einer Abschaltvorrichtung ausgerüstet wurden, welche die Manipulation des Schadstoffausstoßes ermöglichen. Sie sind durch die EU-Abgasverordnung ausdrücklich verboten.

Anfang Oktober hatten auch die Vorsitzenden der Ausschüsse für Umwelt, Verkehr, Industrie und Binnenmarkt des EU-Parlaments die EU-Kommission aufgefordert, eine Untersuchung zum Abgasskandal bei VW einzuleiten. Laut dem Informationsdienst Euractiv plädierten die Ausschussvorsitzenden dafür, dass die EU-Kommission feststellen soll, wie die Unabhängigkeit und Verantwortlichkeit zuständiger nationaler Behörden bei den Testverfahren zur Ermittlung der CO₂-Emissionen von Neuwagen sichergestellt werden kann. Auch die Fraktion der Grünen im Europaparlament hatte die EU-Kommission in einem Brief aufgefordert, ihrer Pflicht nachzukommen und sicherzustellen, dass die EU-Umwelt- und Gesundheitsschutzgesetzgebung befolgt wird.

Die EU-Kommission plant nun, die Einführung neuer Testverfahren für Neuwagen, welche die tatsächlichen Bedingungen im Straßenverkehr besser widerspiegeln sollen, zu beschleunigen. Die technischen Anforderungen an die Tests sollen noch Ende dieses Jahres festgelegt werden.

Im Zuge des Skandals hat das Kraftfahrtbundesamt in Deutschland den Rückruf von VW-Fahrzeugen mit Motoren der EU-5-Norm verlangt. Das sind 2,4 Millionen Fahrzeuge. **[Quelle: UWD, ej, mk]**

- ▶ www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/neu/content?contentart=eu-news&id=5286
- ▶ Mitteilung der EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Search: STATEMENT/15/5713)
- ▶ www.kurzlink.de/euractiv061015
- ▶ Brief der Europagrünen: www.greens-efa.eu/fileadmin/dam/Documents/Letters/20151007_Letter_Com_VW.pdf

Abgase

Euro-6-Norm wird ignoriert

■ Zwecks Kosteneinsparung berücksichtigen viele Autohersteller nicht die Abgasnorm Euro 6. Lediglich ein Bruchteil der derzeit in Europa auf den Markt gebrachten Dieselmotoren entspricht diesen Richtlinien. Das geht aus einem im September veröffentlichten Bericht des ökologischen Verkehrsverbandes Transport & Environment (T&E) hervor.

Die derzeit geltende Schadstoffnorm Euro 6 gilt seit Anfang September für alle Dieselfahrzeuge. Laut der Norm dürfen sie nicht mehr als 80 Milligramm Stickoxide und 4,5 Milligramm Rußpartikel pro Kilometer ausstoßen. Jedoch entspricht lediglich eins von zehn Fahrzeugen, die T&E getestet hat, den Vorgaben. Im Durchschnitt lagen die gemessenen Emissionen fünfmal höher als zugelassen.

Laut T&E werden europaweit kostengünstige und rückständige Abgasfilter zum Bau von Neuwagen genutzt. Hersteller sparen damit etwa 300 Euro pro Fahrzeug. In den USA benutzen dieselben Händler normgerechtere Filter, da dort die Prüfverfahren deutlich strenger sind als in Europa.

Auch beim Kraftstoff liegen der tatsächliche Verbrauch und die Vorgaben auseinander. Einer weiteren Untersuchung von T&E zufolge verbrauchen Neuwagen (darunter der Mercedes A, C, die E-Klasse, die BMW-5-Serie und der Peugeot 308) etwa die Hälfte mehr Kraftstoff als die Ergebnisse der Labortests nahelegen. **[pw, ej]**

- ▶ www.kurzlink.de/te140915
- ▶ Bericht von T&E zu Euro 6: www.kurzlink.de/tedontbreathe
- ▶ Untersuchung T&E Kraftstoffverbrauch: www.kurzlink.de/tekraftstoff

Weißbuch Verkehr

Parlament fordert Umsetzung

■ Die EU-Kommission soll Gesetze vorschlagen, mit denen die Maßnahmen des Weißbuchs Verkehr umgesetzt werden. Das beschloss das EU-Parlament im September.

Als Reaktion auf die öffentliche Konsultation zum Weißbuch teilte die Kommission im August mit, die Strategie im Weißbuch sei zu ambitioniert, die Ziele seien unrealistisch und der Fortschritt der EU-Mitgliedstaaten unbefriedigend. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hatte Ende Juli bereits Vorschläge unterbreitet, wie die Ziele im Weißbuch erreicht werden können (umwelt aktuell 10/15, S. 26).

Die ParlamentarierInnen unterstützen die Ziele des Weißbuchs für einen sauberen, sichereren und verlässlicheren Verkehr und dessen Emissionsreduktion um 60 Prozent bis 2050. Die Kommission soll nun bewerten, ob die Maßnahmen im Weißbuch zu deren Erfüllung beitragen. Falls nicht, sollen zusätzliche legislative Maßnahmen getroffen werden. **[ej]**

- ▶ Entscheidung des Parlaments: www.kurzlink.de/ep2015-0310

Lkw-Maut

Brummis müssen zahlen

■ Seit Anfang Oktober sind Lkws ab 7,5 Tonnen in Deutschland mautpflichtig. Die Allianz pro Schiene lobte dies als kleinen, aber wichtigen Schritt zu fairen Wettbewerbsbedingungen zwischen Lkws und Güterzügen.

Der Schritt sei jedoch längst überfällig, sagte der Geschäftsführer der Allianz Dirk Flege. Er warnte die Politik davor, den weiteren Ausbau der Lkw-Maut hinauszuzögern. Weitere Schritte wie die Mautpflicht für das gesamte deutsche Straßennetz seien nötig, denn 90 Prozent der Straßen seien für Lastwagen noch immer kostenlos. Im Schienenverkehr sei das anders. Durch das Trassenpreissystem müsse für die Unterhaltskosten des Verkehrsnetzes für jeden Zug Maut bezahlt werden.

Zudem sanken die Mautpreise in den vergangenen Jahren. Laut der Allianz pro Schiene haben Spediteure 2015 durchschnittlich 16 Prozent weniger gezahlt als noch 2010. **[akm]**

- ▶ www.kurzlink.de/lkw-maut10_15

WASSER & MEERE

Wasserzustand

EU-Staaten tun zu wenig gegen Verschmutzung

■ Die EU-Mitgliedstaaten müssen die Prüfung und Beurteilung des ökologischen Zustandes ihrer Gewässer verbessern und das Problem der Wasserverschmutzung besser angehen. Das hat eine Vertreterin der EU-Kommission im Oktober im Umweltausschuss des EU-Parlaments gefordert.

90 Prozent der Flüsse und 30 Prozent des Grundwassers in der EU sind von sogenannter diffuser Verschmutzung betroffen. Deshalb sollen EU-Staaten besser begründen, warum sie von den Wasserschutzzielen ihrer Flussgebietsmanagementpläne abweichen (River Basin Management Plans – RBMPs). Laut der Kommissionsvertreterin gibt es derzeit 30 bis 40 Verfahren gegen EU-Mitgliedstaaten wegen Nichteinhaltung der Wasserrahmen- und der kommunalen Abwasserrichtlinie. Eine Reihe von finanziellen Instrumenten zur Verbesserung der Wasserqualität werde zudem nicht genutzt. Jedoch gebe es Fortschritte, den Zustand der Gewässer zu verbessern, seit 2009 die ersten RBMPs eingeführt worden sind.

Fast die Hälfte der Oberflächengewässer in der EU verfehlen das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie eines guten ökologischen Zustandes bis 2015. Etwa 25 Prozent des Grundwassers seien in einem schlechten chemischen Zustand. Der Zustand von etwa 40 Prozent sei unbekannt.

Im September wollte die Kommission ihre Strategie zum Umgang mit Wasserverschmutzung pharmazeutischen Produkten veröffentlichen. Der Termin wurde jedoch verschoben. [ej]

► Video zur Ausschusssitzung:
www.kurzlink.de/euausschuss

Meeresstrategierahmenrichtlinie

Umsetzung zu schwach

■ Zahlreiche Umweltverbände kritisieren das nationale Maßnahmenprogramm zur EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie. Die Öffentlichkeitsbeteiligung an der MSRL ist Ende September ausgelaufen.

Als „unvollständig, unkonkret und unambitioniert“ bewerteten der NABU sowie weitere Umweltschutzverbände die durch Bund und Länder ergriffenen Maßnahmen zur Ausgestaltung der MSRL. Während der Entwicklung der Umweltziele für Nord- und Ostsee sei zwar der schlechte Zustand

von Arten und Lebensräumen festgestellt worden, doch entsprechende Maßnahmen sind im Programmentwurf nicht zu finden.

Die europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ist das wichtigste Instrument, um die festgesetzten Umweltziele bis 2020 zu erreichen. Die Umweltverbände kritisieren jedoch, dass diese unter einem „eklatanten Umsetzungsdefizit“ leide. Maßnahmen zur Durchgängigkeit der Flüsse für wandernde Fische seien zu 90 Prozent nicht umgesetzt, bei der Nährstoffreduktion in der Landwirtschaft seien es 65 Prozent. Das Ziel, bis 2015 den guten Zustand der Wasserkörper zu erreichen, ist deshalb verfehlt.

Auch bei anderen Themen bleibt die nationale Umsetzung hinter den Erwartungen zurück. Die Verbände begrüßen zwar die Maßnahmen zum Schutz von Arten und Lebensräumen sowie den Schutz maritimer Ressourcen, kritisieren jedoch das Fehlen effektiver und bekannter Maßnahmen wie Fischereiausschlussgebiete oder die Umstellung auf alternative, umweltschonende Fanggeräte. Bei der Belastung der Meere durch Abfall und Lärm hebt der NABU hervor, dass die vorgesehenen Maßnahmen einem modernen Verständnis von Abfallwirtschaft entsprechen, aber voraussichtlich durch Geld- und Personalmangel nur bedingt umsetzbar sind. Aus Sicht der Verbände müssen die Maßnahmen zum Unterwasserlärm nachgebessert werden, da



Von zweien, die auszogen, die Welt zu entdecken

Dieses Kinderbuch für Kinder von 5 bis 10 Jahren erzählt von der abenteuerlichen Reise von Lillian und Moritz. Die beiden reisen mit einem selbst gebauten Boot und ihrem Freund Plastian, dem kleinen Fisch, übers Meer, um den Urwald zu entdecken und erleben unterwegs viele aufregende Dinge. Das großformatige Buch lebt von der liebevollen Gestaltung der Münchener Illustratorin Julia Patschorke.

N. Intemann

Plastian, der kleine Fisch

... und wie er mit seinen Freunden auf einer abenteuerlichen Reise die Welt ein bisschen besser macht

36 Seiten, Hardcover, 12,95 Euro, ISBN 978-3-86581-756-3

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

Nachhaltigkeit A-Z



S wie Schicksal

In der Lubminer Heide an der Ostseeküste, wo bis 1990 ein Kernkraftwerk stand, wurde auch die Anlandestation der russischen Ostseepipeline gebaut. Und ausgerechnet inmitten dieser beliebten Tourismusregionen wird weiter versucht, Kohle- und Gaskraftwerke zu errichten. Die vorliegende Chronik zum tragischen Schicksal dieser Landschaft berichtet aber ebenso von den Erfolgen bürgerlichen Engagements für Umwelt- und Naturschutz.

G. Vater
Schwarzbuch Lubminer Heide
Eine Chronik der Umweltgefährdung und
Naturzerstörung an der Ostseeküste

468 Seiten, mit vielen Abbildungen, broschiert,
29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-449-4

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


Die guten Seiten der Zukunft

es sich bisher eher um „innovative Denk- anstöße und Forschungsprojekte“ handele.

Bis Ende des Jahres müssen sich Bund und Länder unter Berücksichtigung der Stellungnahmen auf ein nationales Programm einigen, das sie dann an die Europäische Kommission melden. [ab]

► www.kurzlink.de/nabu-msrl-15

Grundwasser

Steuer gegen Pestizideinsatz?

■ Der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat im Oktober die Besteuerung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln vorgeschlagen. Damit sollen die Verschmutzung von Wasser und Boden reduziert und der Ökolandbau gefördert werden.

Bisher beruht ein geringerer Pestizideinsatz in der Landwirtschaft auf dem Freiwilligenprinzip. Da der Absatz von Pestiziden jedoch steigt, statt wie angestrebt zurückgeht, werden alternative Regulierungsmöglichkeiten diskutiert. Habeck greift mit seinem Vorschlag zur Besteuerung von Pestiziden die seit Jahren bestehenden Empfehlungen von Umweltorganisationen und dem Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) auf.

Das Prinzip wird bereits in Dänemark, Frankreich und Schweden angewendet, um Hersteller, Händler und Anwender an den Folgekosten des Pestizideinsatzes zu beteiligen. Eckhard Kuhlwein, umweltpolitischer Sprecher der NaturFreunde Deutschlands sagte, der Vorschlag von Landwirtschaftsminister Habeck gehe grundsätzlich in die richtige Richtung, aber eine Pestizidabgabe könne nur ein Element sein, um die gesellschaftlich gewünschte Agrarwende herbeizuführen. Nur in Kombination mit einer Abgabe auf Nährstoffüberschüsse zum Schutz des Grundwassers sei es möglich, den Zustand aller Gewässer gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu gewährleisten. [ab]

► Stellungnahme der NaturFreunde:
www.kurzlink.de/pestizidsteuer

Trinkwasser

Schwermetalle und Nickel überschreiten Grenzwerte

■ Jede sechste Probe deutschen Trinkwassers weist erhöhte Schwermetall- und Nitratwerte auf. Dies hat das Fraunhofer-Institut für Grenzflächen- und Bioverfahrenstechnik IGB bei einem Trinkwassertest mit 1.500 Proben festgestellt.

99 Prozent der deutschen Bevölkerung werden durch über 6.000 Unternehmen mit frischem Trinkwasser versorgt. Doch frisch ist nicht immer frisch. Trinkwasser ist zwar eines der am strengsten kontrollierten Lebensmittel, dennoch überschreitet die Konzentration von Schwermetallen wie Nickel, Blei, Kupfer, Eisen oder Mangan in jeder sechsten Probe die vorgeschriebenen Grenzwerte. Dies ist oft auf Blei- und Kupferrohre oder verzinkte Rohre zurückzuführen. Von diesen lösen sich Schwermetalle, die den Geschmack sowie die Wasserqualität beeinflussen. Dagegen hilft es schon, das Wasser einige Sekunden fließen zu lassen, bevor es abgeschöpft wird. Eine besonders häufige Überschreitung der zulässigen Nickelwerte wurde bei Hausbrunnen festgestellt. Diese erhöhte Konzentration im Grundwasser hängt meistens mit der landwirtschaftlichen Bodennutzung zusammen.

Interessierte Verbraucher können mithilfe eines Testkits ihr Trinkwasser zum Wassercheck am Fraunhofer IGB einsenden und die Wasserqualität überprüfen lassen. [ab]

► www.kurzlink.de/igbwassercheck

Renaturierung

Start frei für das Blaue Band

■ Ende September haben Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks das Bundesprogramm „Blaues Band“ gestartet. Durch die Renaturierung von Bundeswasserstraßen, die vom Güterverkehr nicht mehr genutzt werden, und

Flüssen, Auen und Küstengewässern soll so ein bundesweites Biotopsystem entstehen.

Der NABU lobte die Zusammenarbeit der Ministerien. Diese sei eine „große Chance für die Gewässer“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Das 2.800 Kilometer lange Nebennetz von Wasserstraßen in Deutschland hat naturnahe Strukturen und hohes ökologisches Entwicklungspotenzial. Allerdings müsste das Blaue Band mehr als nur Förderinstrument sein, und als Grundlage für eine langfristige Änderung der Gewässerpolitik dienen. Auch in großen Bundeswasserstraßen müsste ein besserer Gewässerzustand erreicht werden. Bisher erfüllen nur etwa zehn Prozent aller Fließgewässer die EU-Vorgaben.

Mit den Maßnahmen zur Renaturierung soll die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes beauftragt werden. Dazu müssen erst neue gesetzliche Grundlagen geschaffen und Personalressourcen und Finanzmittel zugewiesen werden. Im Haushalt des Umweltministeriums stehen bereits fünf Millionen Euro für die Jahre 2016 bis 2018 zur Verfügung. [akm]

- ▶ www.kurzlink.de/NABU-blauesband
- ▶ www.kurzlink.de/bmub-blauesband

Küstenputztag

1.200 Kilo Müll eingetütet

■ Beim Internationalen Küstenputztag sammeln Freiwillige weltweit Müll an Küsten, Stränden, Flüssen und Seeufern. Auch Deutschlands Strände sind verreckt. Dieses Jahr haben NABU-Freiwillige über 1.000 Kilogramm Müll zusammengetragen. 252 Freiwillige haben sich an der vom NABU initiierten Müllaktion beteiligt, das sind mehr als je zuvor. An elf verschiedenen Orten wurden Plastikflaschen, Einweggrills und Zigarettenstummel gesammelt.

Weltweit sterben nach Angaben des NABU jedes Jahr bis zu einer Million Seevögel und 100.000 Meeressäuger unter den tödlichen Resten des weggeworfenen Mülls. Der sichtbare Müll an Wasseroberflächen und Stränden sei nur die Spitze des Eisbergs. „Der Großteil der Abfälle gelangt

vom Land ins Meer: Tüten, Verpackungen, Plastikflaschen und Zigarettenkippen. Um dies zukünftig zu verhindern, muss die Politik die ordnungspolitischen Weichen stellen. Dazu zählt vor allem eine Gesetzgebung, die Mehrwegsysteme fördert, auf Ressourceneffizienz und Langlebigkeit von Produkten setzt und den Verpackungswahnsinn beendet. Initiativen zum Ersatz von Einwegplastiktüten sind dafür ein wichtiger Anfang, der auf weitere Bereiche des täglichen Lebens ausgedehnt werden muss“, sagt NABU-Meeresschutzexperte Nils Möllmann.

Der Internationale Küstenputztag ist die weltweit größte ehrenamtliche Aktion zum Meeresschutz und geht auf eine Initiative aus Texas zurück. Der NABU ruft seit fünf Jahren zum Mitmachen auf. [ab]

- ▶ Internationaler Küstenputztag:
www.kurzlink.de/intkuestenputztag
- ▶ www.kurzlink.de/1200kgmuell

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

TTIP-Abkommen I

Großdemo in Berlin

■ Am 10. Oktober haben in ganz Europa Demonstrationen gegen die Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) stattgefunden. Allein in Berlin kamen etwa 200.000 Menschen zusammen, um gemeinsam gegen diese Abkommen zu demonstrieren – der bisher größte Protest in Deutschland gegen dieses Thema. Die wichtigsten Kritikpunkte, die die Menschen gegen TTIP und CETA auf die Straße brachten, sind die intransparenten Verhandlungen, die antidemokratischen Tendenzen (die Bevorteilung von multinationalen Konzernen unter den Investitionsschutzkapiteln) und die Gefährdung von Umwelt- und Sozialstandards.

Anlässlich der Demonstration veröffentlichte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel eine ganzseitige Anzeige in deutschen Tageszeitungen, worin er ver-

sprach, dass es keine Absenkung der erreichten Standards unter TTIP geben werde und dass private Schiedsgerichte aus dem Vertragstext gestrichen werden sollten.

In der gleichen Woche konnte das europäische Bündnis Stop TTIP der EU-Kommission drei Millionen EU-weit gesammelte Unterschriften gegen TTIP und CETA übergeben. Die Petition erfüllt alle Bedingungen einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI), wurde aber im letzten Jahr von der EU-Kommission nicht als solche anerkannt. [lr]

- ▶ www.ttip-demo.de/home
- ▶ www.zeit.de/wirtschaft/2015-10/ttip-demonstration-berlin-gabriel-ceta

TTIP-Abkommen II

Schleppende Verhandlungen

■ Ein Statusbericht der EU-Kommission zum Verhandlungsfortschritt des Freihandelsabkommens zwischen EU und USA (TTIP) zeigt, dass bislang erst weniger als die Hälfte der zu verhandelnden Texte vom Tisch ist.

Das meldet die europäische Onlinezeitung Politico, der der Kommissionsbericht vorliegt. Bei 10 von 24 zu verhandelnden Kapiteln des Abkommens tauschten die Verhandlungspartner noch keine Positionen aus. Bei den wichtigsten Themen wie etwa der regulatorischen Kooperation oder Chemikalien fehle vor allem die US-Position.

Aufgrund dieses langsamen Fortschritts zweifeln nun auch europäische Politiker an einem raschen Abschluss des Abkommens. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel sagte zu dem Thema: „Ob es vor den US-Wahlen [Ende 2016] zumindest zu einem Rohbau von TTIP kommt, daran habe ich zumindest meine Zweifel.“

Der französische Staatssekretär für Außenhandel Matthias Fekl ging sogar noch einen Schritt weiter und sprach in dieser Woche von einem möglichen Rückzug Frankreichs aus den Verhandlungen. Er bezeichnete den Verhandlungsprozess des TTIP als „intransparent“ und ein „Problem für die Demokratie“.

Das TTIP-Abkommen ist seit Beginn der Verhandlungen im Juli 2013 stark umstritten. Sollte Frankreich seine Drohung wahr machen, könnten die Verhandlungen tatsächlich weiter ins Stocken geraten. [lr]

- ▶ www.politico.eu/article/ttip-negotiations-not-even-half-done

TTIP-Abkommen III

Schiedsgerichte weiter heikel

■ Die EU-Kommission hat im September einen Alternativvorschlag für die geplanten privaten Schiedsgerichte im Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA vorgelegt. Das zivilgesellschaftliche Bündnis TTIPunfairHandelbar bezeichnet den Reformvorschlag des Investor-Staat-Schiedsverfahrens (ISDS) als irreführend. Denn an der Problematik des Systems gingen die Vorschläge von Handelskommissarin Cecilia Malmström vorbei.

Das vorgeschlagene System von Investitionsgerichten besteht den Plänen zufolge aus einem Gericht erster Instanz und einem Berufungsgericht. Es soll je nach Fall an verschiedenen Orten tagen. EU und USA würden die 15 Richter der ersten Instanz gemeinsam benennen; je fünf kämen aus einem EU-Land, den USA und einem Drittstaat.

Das Grundproblem eines Sonderklagerechts für Konzerne ist, dass Staaten und Unternehmen auf eine Stufe gestellt werden sollen und ein paralleles privates Rechtssystem geschaffen wird, das die Souveränität der Vertragsstaaten einschränkt. Dieses Problem werde auch in den jüngsten Reformvorschlägen der Kommissarin nicht angegangen, kritisiert das Bündnis.

Ska Keller, stellvertretende Vorsitzende und handelspolitische Sprecherin der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament, monierte, dass die Privilegien der Konzerne bestehen blieben: „Ausländische Investoren behalten damit ihre Extraklagerechte, während jedes inländische Unternehmen und jeder Bürger sich an ein normales Gericht wenden muss. Diese Bevorzugung ist in einem Rechtsstaat nicht hinnehmbar. Die EU-Kommission scheint

nicht daran interessiert, das demokratische Recht von gleichem Zugang zu Gerichtsbarkeit durchzusetzen.“

Bei einer öffentlichen Konsultation hatte sich die große Mehrheit der Beteiligten prinzipiell gegen ISDS ausgesprochen. Die Konzernklagerechte stehen wegen der von den Steuerzahlern aufzubringenden Schadensersatzsummen, fragwürdiger Entscheidungen und mangelnder Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens in der Kritik.

Die EU-Kommission wird nun den Vorschlag mit dem EU-Parlament und dem Ministerrat diskutieren, bevor sie ihn dem TTIP-Verhandlungspartner USA vorlegt. [bv]

- ▶ www.ttip-unfairhandelbar.de
- ▶ www.kurzlink.de/isdsreform-skakeller
- ▶ www.europa.eu/rapid (Search: IP/15/5651)

Transpazifische Partnerschaft

Abkommen unterzeichnet

■ Anfang Oktober haben zwölf Pazifikstaaten den Vertrag zur Transpazifischen Partnerschaft (TPP) im US-Bundesstaat Georgia unterzeichnet. Das Handelsabkommen umfasst 40 Prozent der Weltwirtschaft. Neben Japan und den USA unterzeichneten Australien, Brunei, Chile, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam das Abkommen.

Das Abkommen stößt wie TTIP und CETA auf große Kritik. Die Pazifikstaaten führten die Verhandlungen im Geheimen, die Öffentlichkeit kennt keine genauen Inhalte. Laut Medienberichten waren die größten Streitpunkte während der Verhandlungen die Bereiche Landwirtschaft, pharmazeutische Produkte und digitale Sicherheit.

Es gab bisher noch kein Handelsabkommen dieser Größenordnung und es wird befürchtet, dass es den Ton bei den weltweiten Handelsbeziehungen angeben wird. Insbesondere für die USA ist dies ein strategischer Zug in Hinblick auf die Wirtschaftsmacht China, die nicht Teil des Abkommens ist.

US-Präsident Barack Obama brachte die Teilnahme der USA im Schnellverfahren durch den US-Kongress. Deshalb sind die USA zumindest dazu verpflichtet, den

Vertragstext innerhalb eines Monats zu veröffentlichen.

Nach Abschluss der fünfjährigen Verhandlungen folgt nun die Ratifizierung in den teilnehmenden Staaten, eine Phase, in der das Abkommen durchaus noch scheitern könnte. [lr]

- ▶ www.citizenstrade.org/ctc/blog/2015/10/05/tpp-deal-announced-in-atlanta
- ▶ www.bbc.com/news/business-34444799

Ressourceneffizienz

Erstes Treffen der G7-Allianz

■ Anfang Oktober hat sich erstmalig die im Juni während des G7-Gipfeltreffens gegründete Allianz zu Ressourceneffizienz getroffen. Ziel der von der Bundesregierung gestarteten Initiative ist es, Ansätze zur sparsamen und umweltfreundlichen Nutzung von Rohstoffen und Materialien auszutauschen.

Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sagte: „Mit der Allianz führen wir Ökonomie und Ökologie auf Ebene der sieben stärksten Wirtschaftsnationen noch enger zusammen. Das ist ein wichtiger Impuls für mehr Innovationen, Investitionen und Nachhaltigkeit. Ressourceneffizienz ist ein Win-win-Thema für Wirtschaft und Umwelt. Es geht um Ressourcen- und Kosteneinsparung, um Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze, kurz: um Produkte und Märkte von heute und morgen. Bereits heute arbeiten rund 1,5 Millionen unserer Beschäftigten im Umweltbereich. Zudem hat Deutschland einen Weltmarktanteil von 15 Prozent bei Umwelttechnologien. Mit der G7-Initiative unterstützen wir die Zukunftsfähigkeit unseres nachhaltigen Wirtschaftsstandortes Deutschland.“

Auch das Umweltbundesamt veröffentlichte im Oktober einen Beitrag zur Debatte um Ressourceneffizienz: ein Positionspapier zu den Elementen einer erfolgreichen Ressourcenschonungspolitik. [lr]

- ▶ www.bmub.bund.de/P4069
- ▶ www.kurzlink.de/uba-ress-position

DNR INTERN

Mitgliederversammlung

Wahlen und Jahresplanung

■ Auf der Mitgliederversammlung des DNR am 28. November werden der Präsident oder die Präsidentin sowie ein neuer Schatzmeister oder eine neue Schatzmeisterin gewählt. Außerdem wird der neue Generalsekretär oder die neue Generalsekretärin vorgestellt. Neben den üblichen Berichterstattungen stehen unter anderem die Arbeitsschwerpunkte 2016–2018 auf der Tagesordnung. Als Gastredner ist der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe Prälat Karl Jüsten geladen. Er wird über die Enzyklika des Papstes „Laudato si – zur Verantwortung im Umgang mit der Schöpfung“ sprechen. [mbu]

► DNR, Geschäftsführerin Helga Inden-Heinrich, Tel. +49 (0)30 / 6781775-98, E-Mail: helga.indenheinrich@dnr.de, www.dnr.de

Projekt „Mehr Agrarökologie“

Förderpreise vergeben

■ Anfang Oktober haben neun Landwirte, die vorbildliche Konzepte zur Umstellung von konventioneller auf biologische Landwirtschaft haben, den DNR-Förderpreis erhalten. Sie wurden von dem DNR-Experten-gremium, bestehend aus Vertretern verschiedener Ökolandbauverbände, aus insgesamt 50 Bewerbungen ausgewählt. Vor allem in den ersten zwei Jahren der Umstellungsphase müssen oft zusätzliche Mittel aufgebracht werden, um die ökologische Bewirtschaftung zu realisieren. Hier setzt das Projekt „Mehr Agrarökologie“ an. Die landwirtschaftlichen Betriebe wurden mithilfe einer zweckgebundenen Spende von Alnatura und Lebensbaum unterstützt. Insgesamt konnten so bereits fast 1.500 Hektar Land auf biologische Landwirtschaft umgestellt werden.

Die Preisverleihung fand auf dem Hof der Schäferei Mackensen, einem der neun Preisträger, statt. Auf Vorschlag des DNR

wurde dort die Projektleitung für „Mehr Agrarökologie!“ nach der Pilotphase an den DNR-Mitgliedsverband NABU übergeben, der durch seine regionale Verankerung und seine langjährige Erfahrung im Bereich Landwirtschaft näher an der Praxis ist. [red]

► DNR, Geschäftsführerin Helga Inden-Heinrich, Tel. +49 (0)30 / 6781775-98, E-Mail: helga.indenheinrich@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die etwa 100 Mitgliedsorganisationen des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU)

Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) wurde 1990 als erstes unabhängiges Institut für Umweltwissenschaften in den neuen Bundesländern gegründet. Es hat etwa 250 Mitglieder und SpenderInnen. Ziel des UfU ist es, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger durch umweltpolitische Aufklärung und Beratung zu stärken. Dazu werden wissenschaftliche Projekte, Aktionen und Netzwerke im In- und Ausland initiiert und betreut, die Bürgerbeteiligung brauchen und fördern. Schwerpunkte sind die Erarbeitung von Studien, konkrete Projektarbeit, Bildungs- und Informationsarbeit sowie Gutachter- und Beratungstätigkeiten. Fünf Projekte des UfU wurden von der Deutschen Kommission der UN-Kommission für die UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. [akm]

► Unabhängiges Institut für Umweltfragen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 42849930, E-Mail: mail@ufu.de, www.ufu.de

UVP-Gesellschaft – Gesellschaft für die Prüfung der Umweltverträglichkeit

Die Gesellschaft für die Prüfung der Umweltverträglichkeit wurde 1987 als Fachverband der in der Umweltverträglichkeitsprüfung Tätigen in Dortmund gegründet. Nach vielen Jahren in Hamm/Westfalen hat die Geschäftsstelle seit Anfang 2015 ihren Sitz in Paderborn. Ihr Hauptziel ist die Förderung der Umweltvorsorge. Die UVP-Gesellschaft ist dabei besonders bei der Umweltverträglichkeitsprüfung und der integrativen Landschafts- und Umweltplanung engagiert. Außerdem betreibt sie Lobbyarbeit bei UVP-Gesetzgebung, Verwaltungsvorschriften und Standardisierungen. Sie ist bundesweit über zahlreiche Landes- und Arbeitsgruppen organisiert. Alle zwei Jahre findet der UVP-Kongress mit Teilnehmern aus dem In- und Ausland statt. Mit dem UVP-Report gibt die UVP-Gesellschaft das einzige regelmäßige Fachorgan zur UVP im deutschsprachigen Raum heraus. Das „Junge Forum“ wendet sich etwa mit einer regelmäßig stattfindenden Summerschool an Studierende aus den unterschiedlichsten Planungsdisziplinen sowie Berufsanfänger. Alle zwei Jahre lobt die UVP-Gesellschaft einen Studienpreis für herausragende Abschlussarbeiten aus. Mitglieder in der UVP-Gesellschaft können sowohl Privatpersonen als auch Institutionen werden. [red]

► UVP-Gesellschaft, Paderborn, Tel. +49 (0)5251 / 5459518, E-Mail: zentrum@uvp.de, www.uvp.de

Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher (VdHK)

Der Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher feiert in diesem Jahr sein 60-jähriges Bestehen und hat derzeit etwa 2.500 Mitglieder. Ziele des Verbandes sind die Erforschung und der Schutz von Höhlen und Karsterscheinungen sowie der Umwelt-, Natur- und Denkmalschutz in den Karstgebieten Deutschlands. In den VdHK-Mitteilungen und den Karst- und Höhle-Bänden werden die neuesten Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Mitglieder engagieren sich in zahlreichen wissenschaftlichen

Vereinigungen und vertreten dort die Interessen der deutschen Höhlenforscher. Zudem stellt der Verband Fördergelder für Forschungsvorhaben im Bereich Karst- und Höhlenkunde sowie für Naturschutzprojekte und Höhlenrettungen zur Verfügung. Seit 2009 beteiligt sich der VdHK an der Wahl der Natur des Jahres mit einem Höhlentier. Das Institut für angewandte Karst- und Höhlenkunde ist der kommerzielle Ableger des VdHK, dort kann man Höhlenforscher zu Bereichen wie Schauhöhlen, Vermessung, Geologie, Biologie, Hydrologie, Archäologie, Paläontologie, Klimatologie und Ausbildung buchen. [pw]

- ▶ **Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher, Nesselwang, Bärbel Vogel, Tel. +49 (0)8361 / 269, E-Mail: vorsitz@vdhk.de, www.vdhk.de, www.hoehlentier.de, www.karstinstitut.org**

Verbändeförderung

Kletterpark-Betreiber klagen gegen Beihilfe

■ Ein Kletterpark-Betreiber hat mit Unterstützung des Branchenverbands Klever gegen Beihilfe für den Deutschen Alpenverein (DAV) geklagt. Der DAV würde von Kommunen über günstige Immobilien gefördert und biete außerhalb vom Basis-Training auch kommerziell geprägte Begleitangebote an, wie beispielsweise im Bereich Wellness, lautet die Begründung der Klage. Der Wettbewerb würde dadurch verzerrt, da kommerzielle Betreiber mit den Preisen nicht mithalten könnten. Die Klage wirft die Frage auf, wie viel Förderung Kommunen im Bereich Sport noch leisten dürfen. Denn sobald die Förderung zur potenziellen Konkurrenz für Anbieter aus dem EU-Ausland wird, entstehen Konflikte. Der DAV und die Kommunen erhoffen sich daher ein Urteil zu ihren Gunsten. [akm]

- ▶ Quelle: Süddeutsche Zeitung, www.kurzlink.de/Klage-gegen-Beihilfe
- ▶ www.alpenverein.de

Schulwandern

Plädoyer fürs Draußenlernen

■ Der Deutsche Wanderverband (DWV) und seine Mitglieder machen sich seit Jahren für das Schulwandern stark, das eine Chance für ganzheitliches Lernen bietet. Im Oktober in Paderborn verabschiedete der Verband dazu eine Resolution. Zur Begründung hieß es, dass das sogenannte Draußenlernen vielfältige Möglichkeiten biete, Kinder und Jugendliche für biologische Vielfalt und Kulturgeschichte zu sensibilisieren, deren Bedeutung für Menschen zu verstehen und Handlungsoptionen für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung zu entwickeln. Außerdem leiste diese Lernform einen Beitrag zu einer gesunden Lebensführung und fördere die Entwicklung des Bewegungsapparates und der Sensomotorik. Schließlich fördere das Schulwandern das gegenseitige Kennenlernen, Verstehen und soziale Miteinander und erfülle damit wesentliche Aspekte gelungener Inklusion, die gerade in aktuellen Zeiten mehr denn je benötigt werden. [red]

- ▶ Deutscher Wanderverband, Kassel, Tel. +49 (0)561 / 93873-14, www.wanderverband.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

EuroNatur-Preis 2015

US-Autor geehrt

■ Mitte Oktober hat der US-amerikanische Schriftsteller Jonathan Franzen den diesjährigen EuroNatur-Preis für seinen Einsatz für den Vogelschutz in Europa erhalten. „Jonathan Franzen trägt wesentlich dazu bei, die starke Bedrohung der europäischen Wildvögel durch legale Jagd, Wilderei und Lebensraumverlust ins Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit zu rücken“, begründet EuroNatur-Präsidentin Christel Schroeder die Wahl.

Franzen war im März 2012 im Auftrag des Magazins National Geographic für eine Recherche zum Thema Vogeljagd unter

anderem auf dem Balkan unterwegs. Er besuchte zwei Wochen lang alle wichtigen Rastgebiete entlang der östlichen Adriaküste – vom Karavasta-Nationalpark in Albanien bis zum Neretva-Delta in Kroatien. Nach Schätzungen von EuroNatur fallen in dem schmalen Küstenstreifen entlang der östlichen Adria jedes Jahr mehrere Millionen Zugvögel der Vogeljagd zum Opfer. Franzen sprach mit Jägern, beobachtete illegale Jagdpraktiken und beleuchtete die Hintergründe der Vogeljagd auf dem Balkan. 2013 veröffentlichte das Magazin National Geographic die alarmierenden Ergebnisse dieser Reise im Beitrag „Letztes Lied für Zugvögel“. Darin zeigte der Autor, wie die Vogeljagd an der östlichen Adria aufwendige Schutzprogramme in den Brutgebieten der Zugvögel konsequent zunichtemacht.

Jonathan Franzen gilt als leidenschaftlicher Sammler von Vogelbeobachtungen. Weit über 1.000 Arten hatte er weltweit bereits vor dem Fernglas. „Ich habe in Europa genug Vogelbeobachtungstouren unternommen, um von den Vögeln der Alten Welt sehr angetan zu sein und ein persönliches Verantwortungsgefühl für sie zu empfinden“, sagte er. [mbu]

- ▶ EuroNatur, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9272-10, E-Mail: info@euronatur.org, www.euronatur.org

UN-Dekadeauszeichnung

Sporttaucher für Biodiversität

■ Das Bürgerwissenschaftsprojekt „Neobiota – Bringe Verborgenes ans Licht – Entdecke andere Arten!“ vom Verband Deutscher Sporttaucher (VDST) setzt sich vorbildlich für den Erhalt der biologischen Vielfalt ein. Dafür erhielt es im Oktober vom Bundesumweltministerium auf dem 7. Nationalen Forum zur biologischen Vielfalt in Berlin die Auszeichnung zum Jahresprojekt 2015 der UN-Dekade Biologische Vielfalt. Anfang des Jahres wurde es bereits als „offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt“ ausgezeichnet.

Im Projekt www.neobiota.info begeben sich Sporttaucher deutschlandweit unter Wasser und beobachten auf ihren Tauch-

gängen vor Ort nicht heimische Pflanzen und Tiere. „Wir wissen viel zu wenig über das Verhalten und die Auswirkungen der neuen Arten bei uns in Deutschland und das wollten wir ändern“, sagte Ralph Schill, Biologe und Fachbereichsleiter Umwelt und Wissenschaft im VDST. „Dabei haben wir auf unsere Sporttaucher gesetzt! Sie sind die Einzigen, die regelmäßig unter die Wasseroberfläche schauen und bei ihren Tauchgängen alle Beobachtungen dokumentieren.“ Die erfassten Informationen werden dann anschließend von Wissenschaftlern an verschiedenen Universitäten ausgewertet. [mbu]

- ▶ VDST, Offenbach, E-Mail: ralph.schill@vdst.de, www.vdst.de
- ▶ www.undekade-biologischevielfalt.de

DBU-Ehrenpreis 2015

Gründer des Nationalparkprogramms DDR gewürdigt

■ Den diesjährigen Ehrenpreis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) erhielt der Brandenburger Michael Succow. Der 74-jährige Naturschützer wurde für sein Lebenswerk vom DBU-Generalsekretär Heinrich Bottermann ausgezeichnet.

Das Nationalparkprogramm wurde auf der letzten Sitzung des DDR-Ministerrates 1990 durch den stellvertretenden DDR-Umweltminister Succow verabschiedet. Anteile der ehemaligen DDR-Landesfläche wurden dadurch mit einem Schutzstatus gesichert. 1997 erhielt Succow dafür den Right Livelihood Award (Alternativer Nobelpreis). Er gründete mit dem gewonnenen Preisgeld die Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur. Von 1990 bis 2003 war er Vizepräsident des Deutschen Naturschutzbundes. Bundespräsident Joachim Gauck überreicht am 8. November die Auszeichnung im Wert von 10.000 Euro in Essen. Der Preis wird für vorbildhafte Leistungen verliehen, die entscheidend zum Schutz und zur Erhaltung der Umwelt beigetragen haben beziehungsweise beitragen werden. [pw]

- ▶ www.succow-stiftung.de
- ▶ www.dbu.de

Deutscher Tierschutzpreis 2015

Besonderes Engagement für Tiere belohnt

■ Am 14. Oktober wurden in Leipzig zum elften Mal besondere Tierschutzprojekte

ausgezeichnet. Der Deutsche Tierschutzbund wurde bei der Preisverleihung durch zwei Tierfutterhersteller sowie zwei TV-Zeitschriften unterstützt.

Den ersten Platz und damit 3.000 Euro sicherte sich das Igelschutzzentrum Leipzig. Dort werden seit 20 Jahren hilfsbedürftige Igel versorgt und im Anschluss wieder ausgewildert. Der zweite Platz und damit 2.000 Euro gingen an Hans-Günter Eßkuchen. Der Bochumer betreut seit 16 Jahren „Problemhunde“ mit dem Ziel, deren Vertrauen zu Menschen zurückzugewinnen. Den dritten Platz belegte die hessische Wildtierhilfe Odenwald „Koboldhof“ und gewann damit 1.000 Euro. Die Pflegestation bietet insbesondere verwaisten, wild lebenden Kleinsäugetern eine intensive Betreuung und hilft bei der Kartierung von geschützten Arten.

Der Preis für das Lebenswerk und damit 1.000 Euro gingen an Margot Möbius vom Tierschutzverein Erfurt. Sie setzt sich seit über 40 Jahren für hilfsbedürftige Tiere, insbesondere Katzen, ein. Die Auszeichnung in der Sonderkategorie Tierrettung erhielten die Tierschutzvereine Freiburg im Breisgau, Greiz und Umgebung und Peine und Umgegend. [pw]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel.+49 (0)228 / 6049624, E-Mail: presse@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de



Zwischen Arroganz und Weltvergessenheit

An unseren Universitäten liegt einiges im Argen: realitätsferne Forschung, einseitige Elitenförderung, ein ausufernder Verwaltungsapparat. Doch ist dies schon die ganze Wissenschaft? Nein, denn es fehlt die Bürgerwissenschaft. Bei ihr finden wir mehr Lebensnähe, Aktualität und Forschungsfreiheit. Profis und Laien von Joachim Radkau bis Peter Berthold fordern in diesem Buch Mitsprache als demokratisches Bürgerrecht ein und zeigen an vielen Beispielen auf, wie dies gelingen kann.

Peter Finke (Hrsg.)

Freie Bürger, freie Forschung

Die Wissenschaft verlässt den Elfenbeinturm

224 Seiten, Paperback, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-710-5. Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei bestellbar innerhalb Deutschlands unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

Die guten Seiten der Zukunft 

TERMINE

NOVEMBER

05.11., Berlin (D)
**Nachhaltiger Konsum
 in Deutschland –
 Fair, ökologisch,
 gemeinschaftlich
 verantwortlich.**

Konferenz

► adelphi, Linda Mattig, Tel. +49 (0)30 / 890006818, E-Mail:

kontakt@nachhaltiger-konsum-in-deutschland.de,
 www.nachhaltiger-konsum-in-deutschland.de

09.–10.11. Köln (D)

StadtwerkeForum 2016. Tagung

► MCC-The Communication Company, Tel. +49 (0)2421 / 121770, E-Mail: mcc@mcc-seminare.de,
 www.mccstadtwerkeforum.de

10.–11.11., Kassel (D)

100% Erneuerbare-Energie-Regionen. Kongress

► Kompetenznetzwerk dezentrale Energietechnologien (deENet), Svenja Schuchmann, E-Mail: svenja.schuchmann@eumayors.eu,
 www.100-ee-kongress.de

11.11., Stuttgart (D)

**WELTcampus – Nachhaltige Kooperationen
 zwischen Hochschule und Zivilgesellschaft.**

Konferenz

► Forum für internationale Entwicklung und Planung, Karola Hoffmann, Tel. +49 (0)711 / 93276865, E-Mail: karola.hoffmann@finep.org,
 www.finep.org

13.–15.11. Duisburg (D)

**50 Jahre UN-Sozialpakt – Bedeutung und
 Entwicklung sozialer Menschenrechte.** Seminar

► FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk (FIAN), Tel. +49 (0)221 / 7020072, E-Mail: fian1@fian.de, www.fian.de

16.–17.11., Tutzing (D)

Das Nutztier als Mitgeschöpf. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing,
 www.ev-akademie-tutzing.de

19.11., Dortmund/Hamm (D)

**Neue Gesetze und Normen – Eine Chance für mehr
 Nachhaltigkeit.** Seminar

► Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M. e.V.), Maren Janz,

Tel. +49 (0)40 / 490711031110, E-Mail:
 maren.janz@baumev.de, www.baumev.de

19.–20.11., Villigst (D)

**Landwirtschaft ohne Grenzen? Für eine
 nachhaltige Landwirtschaft der Zukunft.** Seminar

► Evangelische Akademie Villigst, Ulrike Pietsch,
 Tel. +49 (0)2304 / 755325,
 www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen/
 einzelansicht/?tx_events_pi1[event]=1162

20.–22.11., Göttingen (D)

Eine andere Wirtschaft ist möglich! Seminar

► Akademie Solidarische Ökonomie, Bernd Winkelmann, Tel. +49 (0)36074 / 63910, E-Mail: berndwinkelmann@web.de,
 www.akademie-solidarische.oekonomie.de

23.–25.11., Loccum (D)

**Boden-los? Nutzung, Gefährdung und Schutz der
 Böden.** Tagung

► Evangelische Akademie Loccum, Monika Müller,
 Tel. +49 (0)57 / 6681108, E-Mail:
 monika.mueller@evlka.de, www.loccum.de

26.11., Bonn (D)

**Mitarbeiterpotenziale für Klimaschutz und
 Nachhaltigkeit im Unternehmen.** Fachtagung

► Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M. e.V.), Meike Stecker, Tel. +49 (0)40 / 49071111, E-Mail: meike.stecker@baumev.de, www.baumev.de

26.–27.11., Berlin (D)

**Naturnahe Firmengelände und
 Biodiversitätsmanagement im Trend –
 Erfahrungen und Visionen.** Fachtagung

► Heinz Sielmann Stiftung, E-Mail:
 a.hoffmann@sielmann-stiftung.de,
 www.naturnahefirmengelaende.de

28.11., Berlin (D)

**Mitgliederversammlung des Deutschen
 Naturschutzrings.** Tagung

► Deutscher Naturschutzring, Helga Inden-Heinrich,
 Tel. +49 (0)30 / 678177598, E-Mail:
 helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36
 Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell November 2015
 ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (gesamt verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Markus Kutzker [mk], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr], Elena Schäggen [es], Anne Balzer [ab]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Alexandra Müller [akm], Pauline Weckwerth [pw], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 33

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gottind Blechschmidt, Augsburg.
Fotos: DLR (Titel), Foto Bertrand S. 7 © Robin Wood
Grafik/DTP: Marion Busch, Eric Janáček. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Tiergestützte Pädagogik

Tiere als Bildungspartner

Tiere sind in Krankenhäusern, Altenheimen oder Wohngruppen für Menschen mit Behinderungen im Einsatz. Das kennen die meisten. Tiere sind aber auch die Stars auf Lernbauernhöfen, in Umweltzentren, Kitas oder Schulen. Die tiergestützte Pädagogik wird zunehmend nachgefragt.

Eine aktuelle Fortbildungsreihe der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz und der Evangelischen Landjugendakademie Altenkirchen bietet Kitas Austausch und Informationen rund um die Einbindung von Tieren in der frühkindlichen Bildung an. Dabei geht es um die pädagogische Konzeption, Fragen zur Haltung und die Kommunikation mit Behörden, Trägern und Eltern. Es stellen sich Kitas vor, die Heim- und/oder Nutztiere halten und mobile Anbieter, die mit Tieren zu Besuch in die Kita kommen und pädagogisch arbeiten. Auch Bauernhofkitas sind dabei, in denen Kinder Tag für Tag das Leben mit Tieren hautnah erleben.

Verantwortung übernehmen

Forschungen belegen, dass Tiere häufig das soziale Verhaltensrepertoire von Kindern stärken und erweitern. „Im Umgang mit Tieren können menschliche Fähigkeiten geübt werden“, so Ulrich Gebhard von der Universität Hamburg. Kinder lernten dabei die Aufnahme, Pflege und Verantwortung für fortdauernde Bindungen. Die Beziehung zu einem Tier kann ein Kind nur aufbauen, wenn es Mimik, Gestik und Gebärden genau beobachtet, deutet und darauf reagiert. Die Entwicklung nonverbaler, empathischer und intuitiver Kommunikationsarten wird im Umgang mit Tieren gestärkt. Zudem lernen Kinder dabei, für ein anderes Lebewesen verantwortlich zu sein. Gebhard berichtete von soziometrischen Tests, bei denen Kinder, die mit Tieren zusammenleben, von anderen Kindern als Vertrauenspersonen und Spielkameraden bevorzugt werden. Die Kinder seien kontaktbereiter und isolierten sich weniger.

Ingrid Stephan, Leiterin des Institutes für soziales Lernen mit Tieren, weiß aus

TIERGESTÜTZTE PÄDAGOGIK

vielen Jahren praktischer pädagogischer und therapeutischer Arbeit mit Tieren, dass diese als Vermittler zwischen der Welt des Kindes und der Erwachsenenwelt dienen und entspannend und stressreduzierend wirken. Tiere helfen Grenzen zu akzeptieren, sie erfordern Rücksichtnahme und Respekt und sie helfen den Umgang mit den eigenen Gefühlen zu lernen. Tiere steigern auch die Motivation und haben einen hohen Aufforderungscharakter – Kinder kommen leicht ins Handeln und erfahren ihr Tun als wirkungsvoll. Im Umgang mit Tieren lernen Kinder nebenbei Kenntnisse über Biologie und artgerechte Haltung. Viele Kompetenzen werden gestärkt, die auch im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung bedeutend sind.

Forschungen in Schulen belegen, dass die Arbeitszufriedenheit von LehrerInnen und SchülerInnen durch die Anwesenheit eines „Klassentieres“ wächst. Lebhaftige Kinder werden ruhiger und stille Kinder kommen mehr aus sich heraus. Das Streit- und Aggressionspotenzial nimmt ab. Negative Verhaltensweisen reduzieren sich zugunsten positiver Wahrnehmung von Situationen. In den meisten Untersuchungen wurde mit Hunden gearbeitet. Zunehmend wird aber auch die pädagogische Arbeit mit Nutztieren nachgefragt, damit Kinder lernen, wo und wie ihre Lebensmittel entstehen.

Hühner in der Schule

Die Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) hat zusammen mit Bioland Bayern das Schulhuhn-Projekt gestartet, eine von mehreren Initiativen im Projekt „Tiere live“, das die ANL mit der

Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen (ALP) durchführt und das als Beitrag zur UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet wurde. Für sechs Wochen ziehen Hühner in Schulen ein und neben der aktiven Pflege sind sie Gegenstand der Unterrichts. Die LehrerInnen erhalten Fortbildungen, Arbeitsblätter und Hintergrundmaterial.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof (BAGLoB) vernetzt bundesweit Bauernhofkindergärten und berät bei Neugründungen. Vor der Anschaffung von Tieren für den pädagogischen Einsatz in Kitas und Schulen gilt es, vieles zu planen: Das Kreisveterinäramt kann zu allen rechtlichen Vorschriften und notwendigen Versicherungen informieren. Auf jeden Fall sollten die Träger der Einrichtungen, KollegInnen, Nachbarn, und Eltern etc. frühzeitig einbezogen werden.

Fortbildungen zur tiergestützten Pädagogik werden oft in Kombination mit weiteren Ausrichtungen tiergestützter Arbeit angeboten: Dazu gehören Therapie oder Fördermaßnahmen, die die Lebensqualität steigern. Die Internationale Gesellschaft für tiergestützte Therapie (ISAAT) und ihr europäisches Pendant ESAAT zertifizieren Weiterbildungen in diesen Bereichen. Eine Anbieterliste findet sich auf der Website des Berufsverbandes für Tiergestützte Therapie, Pädagogik und Fördermaßnahmen.

Links:

- ▶ www.kurzlink.de/ljaTiere
- ▶ www.anl.bayern.de/projekte/tierlive/index.htm
- ▶ www.tiergestuetzte.org

**Angelika Schichtel, Umweltwissenschaftlerin,
ANU-Bundesverband e.V.**

▶ schichtel@anu.de

BLICKPUNKT I

Meine Ziege braucht Platz

Auf Bauernhöfen haben Menschen seit Generationen zusammen mit Nutztieren nachhaltiges Leben praktiziert. Tiergestützte Pädagogik, die zunehmend in der Bildung aufgegriffen wird, findet am „Lernort Bauernhof“ ideale Anwendungsbedingungen.

Immer mehr Bauernhöfe öffnen sich für Kindergartengruppen und Schulklassen, um die Kinder beim Mit-Tun selbst erleben zu lassen, wie unsere Lebensmittel erzeugt werden. Die Begegnung mit Tieren, die meist Nutztiere sind, ist dabei ein ganz zentrales Erlebnis, wie ein typischer Ausflug auf einen „Lernort Bauernhof“ zeigt:

Lärmend füllt sich der Innenhof des landwirtschaftlichen Betriebes mit Kindern einer Grundschulklasse. Als die Wohnhaustür aufgeht, die Bäuerin erscheint und der Hofhund bellend und gleichzeitig schwanzwedelnd auf die Kinder zurent, ist die Konzentration da: Die Mutigen laufen dem Hund entgegen, die Vorsichtigen beobachten das Geschehen mit Abstand. Die Bäuerin begrüßt die Klasse und erklärt, dass ihr die Kinder heute helfen dürfen, die Kälber und Jungrinder des Milchviehbetriebes zu versorgen. Sie stellt das Arbeitsprogramm vor: Die Kälber haben Hunger und warten auf ihre Milch, die Rinder brauchen Heu und Wasser, alle Ställe müssen gemistet und eingestreut werden.

Bald sieht man die Kindergruppen in die Arbeit vertieft: Einige dürfen den Kälbern Milch in Tränke-Eimern an ihre Boxen hängen und beobachten begeistert, wie sie gierig saugen. Die lebhaften Kinder, die Kräfte „rauslassen wollen“, werden in die Scheune geschickt, um Heuballen für die Jungrinder zu holen. Einige laden Mist auf Schubkarren und bugsieren ihn auf den Misthaufen. Der Rest der Klasse ist mit großen Karren unterwegs, um Stroh zum Einstreuen zu holen – sie hantieren mit Heugabeln und Schaufeln. Die Bäuerin geht von Gruppe zu Gruppe, um auf die Sicherheit zu achten und für Fragen zur Verfügung zu stehen. Nach getaner Arbeit finden sich alle zu einem abschließenden Frühstück zusammen und die Kinder erzählen mit leuchtenden Augen ihre Erlebnisse.

Die Motivation der Bäuerinnen und Bauern für solch ein Angebot ist zunächst oft, das Wissen über die Lebensmittelherkunft zu verbessern und die Wertschätzung der bäuerlichen Arbeit zu erhöhen. Doch Bauernhöfe, die sich als außerschulische

Lernorte für Besucher und Besucherinnen öffnen, können noch mehr leisten als „nur“ erlebnisreiche Öffentlichkeitsarbeit für die Landwirtschaft – sie bieten im Sinne moderner Bildungspläne Lernräume an, in denen die großen und kleinen Besucher Kompetenzen erwerben können, die sie für nachhaltiges Handeln insgesamt benötigen.

Der direkte Kontakt mit dem „echten Leben“, der auf Bauernhöfen erlebbar wird, bietet einen idealen Bildungsraum zum Kompetenzerwerb, und insbesondere die Tiere werden zu realen „Bildungspartnern“. Es beginnt schon bei der Begrüßung durch den Hofhund – sie verlangt bereits von vielen Kindern gehörigen Mut. Bei allen Arbeiten in der Gruppe ist Teamarbeit gefragt, denn die Schüler müssen ihre Arbeitsteilung besprechen und anwenden, sie müssen die Reaktionen der Tiere beachten, bei Problemen müssen sie Lösungen suchen und gemeinsam umsetzen. Beim Misten lernen einige ihre Kraftgrenzen kennen oder sie üben, ihre Ekelgrenzen zu überwinden. Beim Füttern im Umgang mit den Heugabeln gegenüber Mensch und Tier ist Rücksichtnahme gefordert. Zudem ist Einfühlungsvermögen in die Tiere gefragt.

Nach einer stillen Beobachtungszeit von Ziegen in ihrem Herdenverhalten sagte einmal eine Schülerin zu mir: „... und dann habe ich gesehen, wie meine Ziege zu der anderen gesagt hat: Das ist mein Platz, ich möchte bitte schön hier liegen – kannst du mal weggehen?“ Schöner kann kaum ausgedrückt werden, was Einfühlungsvermögen bedeutet.

JDr. Ulrich Hampl, Bauernhofpädagoge, Referent und Berater für Landwirtschaft und Bildung, 2. Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof e.V.

▷ www.baglob.de

ZUM THEMA

Berufsbegleitende Weiterbildung

Tiergestützte Pädagogik und Therapie und Fördermaßnahmen

□ Die Weiterbildung für PädagogInnen, TherapeutInnen sowie Alten- und KrankenpflegerInnen bietet auf der Basis der grundständigen Berufsausbildungen theoretische und praktische Inhalte zum professionellen Einsatz von Heim- und Nutztieren mit verschiedenen Zielgrup-

pen. Die Weiterbildung am Institut für soziales Lernen mit Tieren in Lindwedel bei Hannover läuft 16 Monate mit 220 Unterrichtsstunden inkl. Praxiseinheiten und Abschlussarbeit. Sie ist nach den Standards der International Society for Animal Assisted Therapy (ISAAT) zertifiziert. Das Themenspektrum reicht von Psychologie der Mensch-Tier-Beziehung über den Einsatz von Nutztieren in der Pädagogik bis hin zu Hygiene sowie Haftungs- und Versicherungsfragen. Das Institut gibt auch die Fachzeitschrift „tiergestützte“ heraus.

▷ www.lernen-mit-tieren.de

Broschüren für Kita und Grundschule

Von Schafen, Ziegen und Rindern

□ Die Broschürenreihe „Von Schafen – Ziegen – Rindern: Lebendige Begegnungen mit unseren Nutztieren“ der Dr. Axe-Stiftung in Kooperation mit Innowego Forum Bildung & Nachhaltigkeit bietet UmweltpädagogInnen, Lehrkräften und ErzieherInnen Tipps zur Gestaltung von Bildungsangeboten mit den drei Nutztierarten. Artgerechte Tierhaltung und richtiger Umgang mit den Tieren im pädagogischen Einsatz stehen im Mittelpunkt. Teil der Reihe ist der Praxisleitfaden Nachdenklich-philoso-

BLICKPUNKT II

„Natürlich tierisch fit!“

Das Evangelische Kinderhaus Tannenkirch hat seit Jahren ein Tiergehege und als der Landkreis Lörrach Projektideen unter dem Motto „der Landkreis in Bewegung“ suchte, lag es nahe, die Tiere als Aufhänger und Motivatoren für gesunde Ernährung und Spaß an Bewegungsvielfalt einzubinden.

Das Projekt „Natürlich tierisch fit“ war geboren und wurde 2014/2015 umgesetzt. Dabei diente das Projekt auch der Vermittlung des richtigen Umganges mit den Tieren sowie deren Bedürfnissen und Ansprüchen an ihren Lebensraum. Alle Tiere leben entweder langfristig im Kinderhaus oder sind kurzfristig betreute Tiere, die wieder ausgewildert werden. Um deutlich zu machen, welche Ernährung für die Tiere artgerecht ist und wie die Tiere sich bewegen, hat das Team des Kinderhauses sich eine Menge einfallen lassen.

Für den Igel und die Waldmaus wurden Müslikugeln hergestellt, die auch die Kinder gerne gegessen haben. Als Beispiel für das Futter des Pferdes gab es Obst- und Gemüsespieße und Pferdeleckerli aus Vollkornhaferflocken und Zuckerrübensirup. Als Beispiel für das Fressen der Hunde haben die Kinder Hundekexe aus Vollkornmehl, Möhren und Bananen zubereitet. Um die pflanzliche Nahrung der Schnecken zu verdeutlichen, haben die Kinder einen grünen Smoothie mit Spinat hergestellt.

Für den Siebenschläfer wurde es mit dem Birchermüsli obstig und um uns in die Ziegen reinversetzen zu können, haben wir Kräuter zur Zubereitung von Kräutertee gesammelt und eine Giersch-Limonade gemacht.

Als Schnecke sind die Kinder durch den Garten gekrochen, ohne Arme und Beine zu bewegen, als Siebenschläfer haben die Kinder erst auf der Slackline geübt und sind schließlich auf einen Baum geklettert. Mit den Hunden wurden Such- und Wurfspiele erlebt und als Ziege haben die Kinder Felsen und Baumstämme erklimmen, immer steil bergauf und querfeldein!

Petra Morgenstern, Evangelisches Kinderhaus Tannenkirch

▷ www.evkgigata.net

phische Gespräche mit Kindern zu tierethischen Fragen. Alle Materialien können unentgeltlich bestellt werden.

▷ www.axe-stiftung.de/tierpaedagogik.html

Material zur Qualitätssicherung

Mit Tieren gut arbeiten

□ Die Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e.V. (TVT) gibt umfangreiche Merkblätter zu einzelnen Heim- und Nutztierarten und ihren Einsatzmöglichkeiten in Pädagogik und Therapie heraus. Im Leitfaden „Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in der Praxis tiergestützter Interventionen“ der ESAAT geben die Autoren Dr. Rainer Wohlfahrt und Prof. (em.) Dr. Erhard Olbrich einen kompakten Überblick über strukturelle Voraussetzungen und die prozessbezogene Evaluation für eine langfristig qualitätvolle Arbeit mit Tieren in Pädagogik, Therapie und Fördermaßnahmen. Die Materialien stehen kostenfrei zum Herunterladen bereit.

▷ www.tierschutz-tvt.de

▷ www.kurzlink.de/ESAATQuali

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Nachruf

ANU trauert um Susanne Stahlschmidt

□ Die Bochumer Naturpädagogin und langjährige Schatzmeisterin der ANU, Susanne Stahlschmidt, ist im Oktober im Alter von 52 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben. Sie war seit 2007 im ANU-Bundesvorstand engagiert und hat sich mit besonderem Blick auf die freiberuflichen UmweltpädagogInnen für die Belange der ANU eingesetzt. Seit 2009 war sie Schatzmeisterin. Die KollegInnen der ANU werden ihr Wissen und ihren Scharfsinn, ihren Humor und die engagiert geführten Fachdiskussionen zum Beispiel im Feld der Waldpädagogik sehr vermissen.

▷ www.kurzlink.de/NachrufStahlschmidt

WISSENSWERT

Stipendien für Klimaschutz

Schülerakademie 2°Campus sucht junge ForscherInnen

□ Der WWF Deutschland und die Robert Bosch Stiftung rufen erneut zur Schülerakademie 2°Campus auf. Das Stipendienprogramm verbindet aktuelle Forschung mit Klimaschutz und bietet jungen Menschen die Gelegenheit, gemeinsam mit WissenschaftlerInnen für eine klimafreundliche Zukunft zu forschen. Wie senken wir die Treibhausgase und bremsen den Klimawandel? 2°Campus liefert konkrete Antworten. Gesucht werden für das Jahr 2016 Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren, die sich für den Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) begeistern und für den Klimaschutz forschen wollen. 2°Campus 2016 findet in den Frühjahrs-, Sommer- und Herbstferien statt, zumeist in Berlin bzw. in den Städten der jeweiligen Partneruniversitäten. Partneruniversitäten des 2°Campus sind: Bergische Universität Wuppertal, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Hochschule für Nachhaltige Entwicklung

Eberswalde. Die Teilnahme ist (bis auf die Anreise) kostenfrei. Die Bewerbungsfrist läuft bis 1. Dezember 2015.

▷ www.2-grad-campus.de

Bildungsmaterialien

Biologische Vielfalt und Politische Bildung

□ Die NAJU hat neue Bildungsmaterialien für den schulischen und außerschulischen Bereich herausgegeben. Anhand von zehn Schlüsselarten, zu denen Biber oder Rotmilan gehören, und entlang konkreter Problemstellungen kann die Verflechtung der Dimensionen von Nachhaltigkeit kennengelernt werden. Die Materialien sind im Rahmen des Projekts „Fokus Biologische Vielfalt – Von der Naturerfahrung zur politischen Bildung“ entstanden, das vom Bundesamt für Naturschutz gefördert und bereits mehrfach ausgezeichnet wurde.

▷ www.fokus-biologische-vielfalt.de/bildungsmaterial

Eberswalder Beiträge

Spannungsfeld Naturschutz und Umweltbildung

□ Angesichts wachsender Naturentfremdung auf der einen und der Forderung nach Entwicklung von Nachhaltigkeits- und Naturschutzeinstellungen auf der anderen Seite greift der neue Band 4 der „Eberswalder Beiträge zu Bildung und Nachhaltigkeit“ eine brisante Frage auf. Unter dem Titel „Natur, Emotion, Bildung – vergessene Leidenschaft? Zum Spannungsfeld von Natur und Umweltbildung“ geht es um den Spagat zwischen Verboten in Schutzgebieten und dem Anliegen, Menschen sowohl Nachhaltigkeitsmotivationen als auch Naturschutzakzeptanz durch intensive Naturerfahrung zu ermöglichen. Biologen, Naturschützer, Pädagogen und Philosophen beziehen dazu

Stellung. Das 2015 im Budrich-Verlag/Budrich UniPress erschienene Buch wurde herausgegeben von Norbert Jung, Heike Molitor und Astrid Schilling.

Handreichung in kroatischer Sprache

Nachhaltige Entwicklung mitgestalten

□ Die Handreichung „Nachhaltige Entwicklung – Begreifen-Umsetzen-Gestalten“ gibt Erfahrungen aus dem Projekt „Nachhaltige Entwicklung mitgestalten, ein Qualifizierungs- und Beteiligungsprojekt für junge Menschen in Kroatien“ für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen weiter. Sie bündelt sowohl einfache partizipative Methoden als auch komplexere Lernarrangements wie Service-Learning und nachhaltige Schülerfirmen, veranschaulicht deren Umsetzung anhand von Praxisbeispielen aus Kroatien und Deutschland und bietet eine Sammlung von Arbeitsmaterialien. Das Projekt wurde im Zeitraum 2013–2015 in Kooperation zwischen der Deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU) und der kroatischen Umweltorganisation Sunce durchgeführt und von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) finanziell unterstützt. Die Handreichung ist in deutscher, kroatischer und englischer Sprache erschienen und als Download-Material erhältlich.

▷ www.kurzlink.de/dgukro

▷ www.kurzlink.de/dguprokro

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

12. November 2015, Bremen

Qualitätsentwicklung in der außerschulischen Umweltbildung. Tagung

Das Institut für Technik und Bildung (ITB) der Universität Bremen stellt die Ergebnisse einer bundesweiten Onlinebefragung des ITB und empirische Ergebnisse

von Masterstudierenden der Universität Bremen vor. In Kooperation mit der ANU lädt das ITB UmweltpädagogInnen, Verantwortliche in Aus- und Weiterbildungen, politisch Verantwortliche und Förderinstitutionen zur Diskussion über Unterstützungsbedarfe der außerschulischen Umweltbildung/BNE ein.

▷ www.itb.uni-bremen.de

19.–21. November 2015, Annweiler

Bauernhofkindergarten oder Kindergarten auf dem Bauernhof. Tagung

Die bundesweite Veranstaltung auf Gut Hohenberg vernetzt Bauernhofkindergärten, ErzieherInnen und LandwirtInnen zu den Themen Gründung, Finanzierung, rechtliche Grundlagen sowie pädagogische Konzepte von Kitas auf dem Bauernhof.

▷ www.baglob.de

20.–21.11.2015, Pappenburg

Von ganz unten – Ein Soziale Plastik-Bodenseminar

Mit der Kulturtechnik der Sozialen Plastik und kreativen Strategien wie aktivem Zuhören, bildhaftem Denken und dialogischem Prinzip loten Umwelt- und KulturpädagogInnen aus, wie Humusmehrter aus den Böden Vorbilder für Humanmehrter zukunftsfähiger Gesellschaften werden können.

▷ www.umweltbildung.de

13.–14.11.2015, Tutzing

„Wege zur Transformation: Eine ökologische und eine soziale Frage! Beides zusammen angehen!“

Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing.

▷ www.kurzlink.de/TutzingTransform

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Annette Dieckmann (verantwortl.), dieckmann@anu.de,
Angelika Schichtel, schichtel@anu.de

ANU-Bundesverband e. V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de